



5

**SCHLAGLICHTER
DER WIRTSCHAFTSPOLITIK
MAI 2021**
MONATSBERICHT

22
LEICHTBAU ALS
„GAME CHANGER“
DIE STRATEGIE
DES BMWI

28
EUROPÄISCHER
BINNENMARKT
NEUE VERORDNUNG
SETZT IMPULSE

34
NATIONALES
REFORM-
PROGRAMM 2021
FÜR NACHHALTIGES
WACHSTUM

IM FOKUS

AUFWÄRTS NACH DEM CORONA-TIEF

FRÜHJAHRSPROJEKTION: DIE BUNDESREGIERUNG RECHNET FÜR 2021
MIT EINEM WACHSTUM VON 3,5 %

EDITORIAL



**„TROTZ DER ANDAUERNDEN LOCKDOWN-SITUATION
ENTWICKELT SICH DIE WIRTSCHAFT STÄRKER,
ALS VON VIELEN ERWARTET. UNSERE WIRTSCHAFT
IST ROBUST UND STARTKLAR: 2021 WIRD EIN
JAHR DES AUFSCHWUNGS.“**

**LIEBE LESERIN,
LIEBER LESER,**

Die Corona-Krise trifft nach wie vor viele Unternehmen und Beschäftigte hart. Einige Unternehmen sind inzwischen seit über einem halben Jahr geschlossen. Im März hat die Bundesregierung daher zusätzlich zu den bestehenden Unterstützungsinstrumenten einen neuen Eigenkapitalzuschuss beschlossen, der die Substanz dieser Unternehmen unmittelbar stärkt und ihnen hilft, die schwierige Zeit zu überbrücken.

Um das weiterhin dynamische Infektionsgeschehen abzuschwächen, haben Bundestag und Bundesrat jüngst das Infektionsschutzgesetz nachgeschärft. Dennoch: Es bleibt unser Ziel, dass mit dem Vorschreiten der Impfkampagne eine Öffnung und Erholung der stark betroffenen Dienstleistungsbranchen möglich wird und dass in der Folge der private Konsum zunehmend anzieht.

In Verbindung mit außenwirtschaftlichen Impulsen und einer vergleichsweise robusten Industriekonjunktur geht unsere aktuelle Prognose für 2021 daher von einem Anstieg der Wirtschaftsleistung in Deutschland von 3,5 % aus. Weitere Details zur Frühjahrsprojektion der Bundesregierung finden Sie in der aktuellen Ausgabe.

Außerdem stellen wir das neue Nationale Reformprogramm vor. Das jährlich veröffentlichte Programm ist wesentlicher Bestandteil der wirtschaftspolitischen Koordinierung auf EU-Ebene und beschreibt die Reformanstrengungen und umfangreichen Maßnahmen von Bund und Ländern zur Bewältigung der aktuellen gesamtwirtschaftlichen Herausforderungen.

Um die EU als größten gemeinsamen Wirtschaftsraum insgesamt erfolgreich aus der derzeitigen Krise zu führen und zukunftsfest zu machen, sind vor allem die Verbesserung wirtschaftlicher Rahmenbedingungen und die Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit europäischer Unternehmen von höchster Bedeutung. Das neue Programm zur Weiterentwicklung des EU-Binnenmarktes legt hier einen besonderen Fokus auf kleine und mittlere Unternehmen.

Im aktuellen Heft beleuchten wir zudem die Leichtbaustrategie des Bundeswirtschaftsministeriums für den Industriestandort Deutschland sowie weitere spannende Themen.

Ich wünsche Ihnen, liebe Leserinnen und Leser, eine anregende Lektüre.



PETER ALTMAIER
Bundesminister für Wirtschaft und Energie



WIRTSCHAFTSPOLITIK

10—39

EDITORIAL 02

KONJUNKTUR-
SCHLAGLICHT 06

08

CORONASCHLAGLICHT

Maßnahmen gegen die wirtschaftlichen Folgen des Coronavirus und neue Indikatoren



3 FRAGEN AN 15

Prof. Dr. Stefan Müller,
Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung Halle
(IWH)

AUF EINEN BLICK 20

Mehr Homeoffice hilft,
Infektionen zu vermeiden



TELEGRAMM 21



12

IM FOKUS

AUFWÄRTS NACH DEM CORONA-TIEF

Frühjahrsprojektion: Bundesregierung
rechnet für 2021 mit 3,5 % und für 2022
mit 3,6 % Wachstum

ERSTE ADRESSE FÜR DEN „GAME CHANGER“ LEICHTBAU

Mit der Leichtbaustrategie will das BMWi den Technologietransfer in Deutschland beschleunigen

KURZ & KNAPP

26

- Deutsche Nachhaltigkeitsstrategie
- Digitalisierung in Deutschland – Lehren aus der Corona-Krise

NEUER SCHWUNG FÜR DEN EU-BINNENMARKT

Neue Verordnung Binnenmarktprogramm: Für bessere Rahmenbedingungen und Wettbewerbsfähigkeit.

NATIONALES REFORM-PROGRAMM 2021

34

Investitionen für nachhaltiges Wachstum und Beschäftigung

TERMINE

39



WORTMELDUNG

30

Dr. Kirsten Scholl, Abteilungsleiterin Europapolitik im BMWi



BMWi AKTIV

32

Sonderedition des Newsletters „Energiewende direkt“

BEST OF SOCIAL MEDIA

33

K

KONJUNKTUR

40—52

DIE WIRTSCHAFTLICHE LAGE IM APRIL 2021

42

BIP-NOWCAST FÜR DAS 2. QUARTAL 2021

48

DIE MONETÄRE ENTWICKLUNG

50

GRAFIKEN & TABELLEN

Den Zahlenteil mit Übersichten und Grafiken finden Sie in der Beilage

#KONJUNKTURSCHLAGLICHT

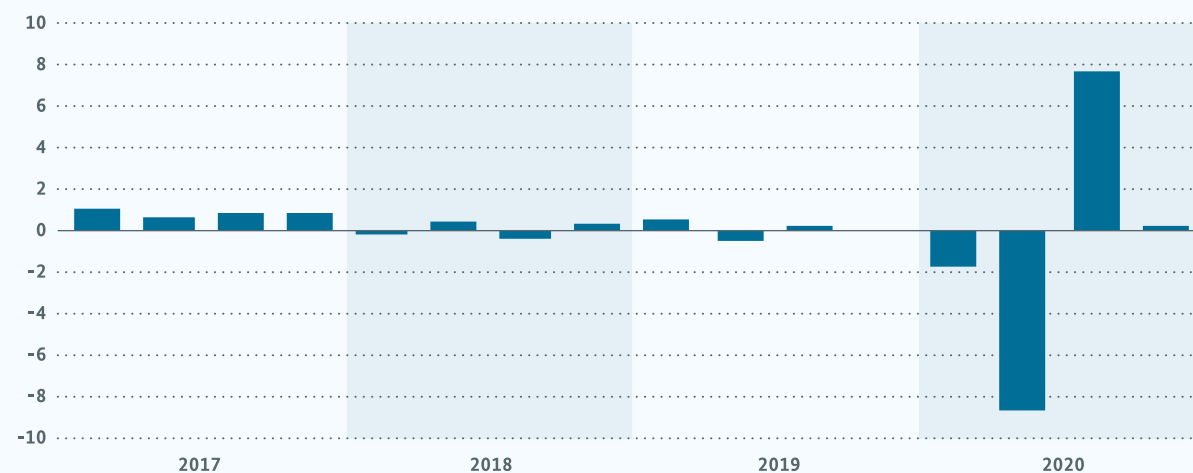
DIE NOTWENDIGEN CORONA-MASSNAHMEN DÄMPFEN DIE WIRTSCHAFTLICHE ENTWICKLUNG



GESAMTWIRTSCHAFT

BRUTTOINLANDSPRODUKT

Quartale, preis-, kalender- und saisonbereinigt, Veränderung gegen Vorperiode in %



DIE KONJUNKTUR IST DERZEIT ZWIEGETEILT. Während vor allem Dienstleistungen von den Anti-Corona-Maßnahmen betroffen sind, zeigt sich die Industrie vergleichsweise robust. Insgesamt dürfte die Wirtschaftsleistung im ersten Quartal 2021 zurückgegangen sein.



WELTWIRTSCHAFT

WELTINDUSTRIEPRODUKTION (CPB)

Monate, Volumenindex 2010 = 100, saisonbereinigt



DIE WELTKONJUNKTUR ERHOLT SICH ZUNEHMEND.

Die globale Industrieproduktion und der Welthandel nahmen im Januar weiter zu und überschritten ihr Vorkrisenniveau jeweils merklich. Die Stimmungsindikatoren sprechen für weitere Besserungen.

LEGENDE

- Indikatoren in einem Teilbereich wachsen mehrheitlich überdurchschnittlich
- Indikatoren in einem Teilbereich entwickeln sich durchschnittlich bzw. gemischt
- Indikatoren in einem Teilbereich gehen mehrheitlich zurück

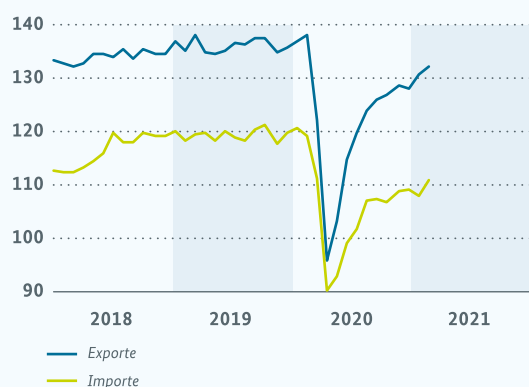
Nähere Informationen in Jung et al. (2019): „Das neue Konjunkturschlaglicht: Was steckt hinter den Pfeilen?“, Schlaglichter der Wirtschaftspolitik 01/2020



AUSSENWIRTSCHAFT

AUSSENHANDEL (WAREN UND DIENSTLEISTUNGEN)

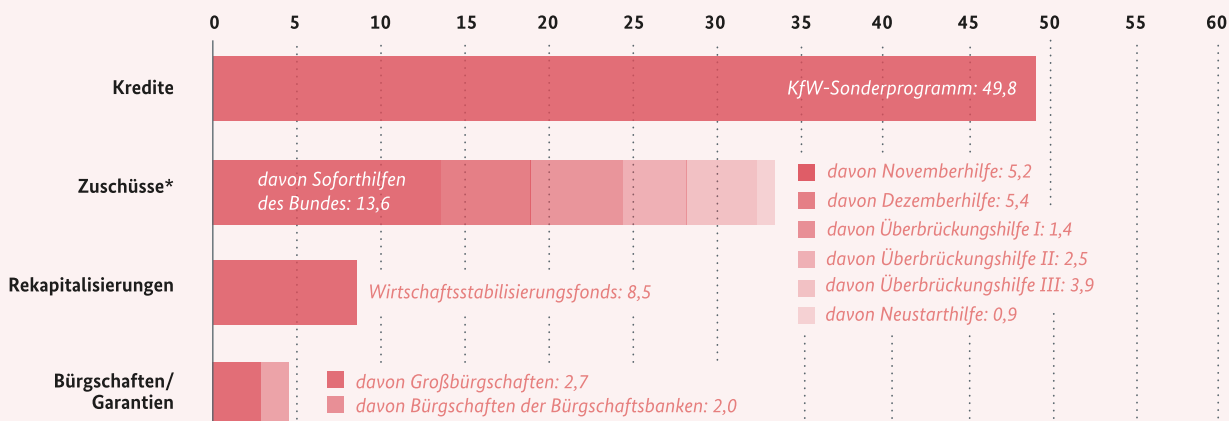
Monate, in Mrd. Euro, kalender- und saisonbereinigt



#CORONASCHLAGLICHT

CORONA-HILFEN FÜR UNTERNEHMEN

Bewilligungen bzw. *Auszahlungen in Mrd. Euro, Stand: 20.04.2021



Quellen: BMWi, KfW, Verband Deutscher Bürgschaftsbanken

KFW-SONDERPROGRAMM Start: März 2020. Bisher rund 132.300 Anträge mit einem Gesamtvolumen von 64,6 Mrd. Euro; davon 126.300 Anträge in Höhe von insgesamt 49,8 Mrd. Euro bewilligt.

SOFORTHILFEN DES BUNDES Antragsstellung bis 31.05.2020. Etwa 2,2 Mio. eingegangene Anträge; Gesamtvolumen der Auszahlungen rund 13,6 Mrd. Euro (nur Bundesmittel).

ÜBERBRÜCKUNGSHILFE I Fördermonate: Juni bis August 2020; Antragsstellung bis 09.10.2020. Insgesamt 137.200 Erstanträge, Gesamtvolumen: 1,7 Mrd. Euro. Auszahlungen im Gesamtvolumen von 1,4 Mrd. Euro erfolgt.

ÜBERBRÜCKUNGSHILFE II Fördermonate: September bis Dezember 2020; Start: 21.10.2020. Bisher 214.500 Anträge mit Fördervolumen von insgesamt 3,0 Mrd. Euro. Gesamtvolumen der bisherigen Auszahlungen: 2,5 Mrd. Euro.

ÜBERBRÜCKUNGSHILFE III Fördermonate: November 2020 bis Juni 2021; Start: 10.02.2021. Bisher 139.500 Anträge mit Fördervolumen von insgesamt 8,2 Mrd. Euro; bisherige Auszahlungen: 3,9 Mrd. Euro.

NEUSTARTHILFE Start: 16.02.2021. Bisher 156.700 Anträge im Gesamtvolumen von 955 Mio. Euro. Auszahlungen: 901 Mio. Euro.

NOVEMBERHILFE Start: 25.11.2020. Bisher 367.700 Anträge mit Fördervolumen von insgesamt 6,03 Mrd. Euro. Auszahlungen bisher insgesamt 5,21 Mrd. Euro, ein Teil davon Abschlusszahlungen.

DEZEMBERHILFE Start: 23.12.2020. Bisher 355.000 Anträge mit Fördervolumen von insgesamt 6,50 Mrd. Euro. Auszahlungen bisher insgesamt rund 5,38 Mrd. Euro, ein Teil davon Abschlusszahlungen.

WIRTSCHAFTSSTABILISIERUNGSFONDS Start: März 2020. Bisher in 15 Fällen Rekapitalisierungsmaßnahmen vereinbart, Gesamtvolumen: 8,47 Mrd. Euro.

BÜRGschaften Start der erweiterten Fördermöglichkeiten: März 2020. Bisher neun Großbürgschaftszusagen im Gesamtvolumen von 2,7 Mrd. Euro. Knapp 8.400 Anträge bei den Bürgschaftsbanken, davon rd. 6.600 Bürgschaftszusagen, unterstütztes Kreditvolumen: 2,0 Mrd. Euro.

WEITERFÜHRENDE INFORMATIONEN



Das „Dashboard Deutschland“ stellt hochaktuelle Informationen und über 100 Indikatoren u. a. zu den Themenbereichen Wirtschaft, Mobilität und Finanzen auf einem interaktiven Daten-Portal bereit. Es ist kostenfrei und ohne Registrierung nutzbar unter: www.dashboard-deutschland.de



EXPERIMENTELLE INDIKATOREN

TÄGLICHER LKW-MAUT-FAHRLEISTUNGSINDEX

2015=100



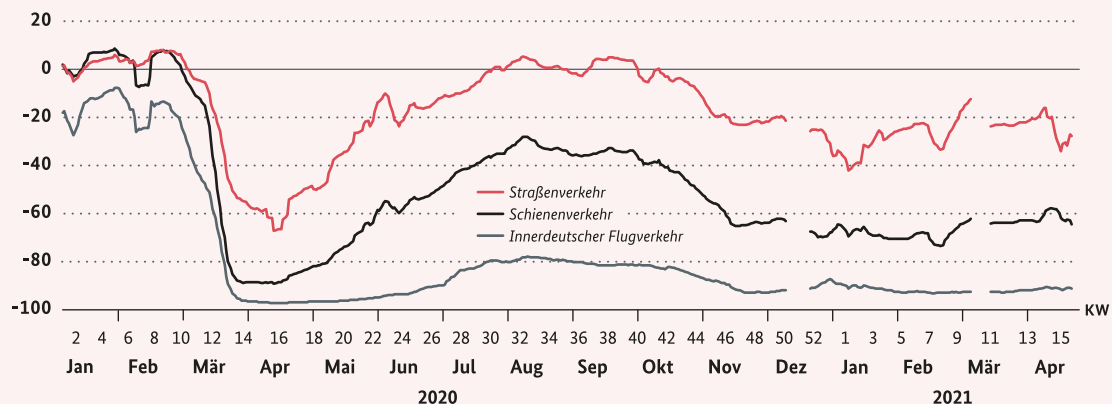
Quelle: Bundesamt für Güterverkehr, Destatis, Deutsche Bundesbank; eigene Darstellung

DER TÄGLICHE LKW-MAUT-FAHRLEISTUNGSINDEX KANN, MIT NUR WENIGEN TAGEN ABSTAND, AUFSCHLUSS ÜBER DIE AKTUELLEN PRODUKTIONS- UND HANDELSAKTIVITÄTEN GEBEN.

So spiegeln sich die Einschränkungen des wirtschaftlichen Lebens ab Mitte März 2020 in den stark sinkenden Fahrleistungen wider. Mit den Lockerungen ab Mitte April 2020 setzte eine Erholung ein. Am Jahresende sind die Werte wegen der hohen Volatilität nur bedingt aussagekräftig. Am aktuellen Rand in KW 14 liegen die Fahrleistungen im Werktagsschnitt um 0,2 % unter dem Mittel der Vorwoche.

MOBILITÄT IM FERNVERKEHR

Veränderung gegenüber 2019 als gleitender 7-Tage-Durchschnitt in %



Hinweis: Mögliche Datenlücken entstehen i.d.R. aufgrund von technischen Problemen beim Mobilfunkanbieter.
Quelle: Destatis, Teralytics; eigene Darstellung

ZUR ABBILDUNG DER MOBILITÄT IM FERNVERKEHR NUTZT DAS STATISTISCHE BUNDESAMT ANONYMISIERTE BEWEGUNGSDATEN VON RUND 30 MIO. MOBILFUNKGERÄTEN, die mit Verkehrsrouten abgeglichen werden. Im Frühjahr 2020 ging die Nutzung des Fernverkehrs im Zuge der Corona-Maßnahmen deutlich zurück. Die Zahl der zurückgelegten Bahnfahrten sank zu dieser Zeit um rund 90 % gegenüber dem Vorjahr, Mitte April 2021 betrug der Rückgang noch 65 % im Vergleich zu 2019. Der innerdeutsche Flugverkehr kam nahezu vollständig zum Erliegen, am aktuellen Rand liegt die Nutzung rd. 90 % niedriger als 2019.





WIRTSCHAFTSPOLITIK

IM FOKUS: AUFWÄRTS NACH DEM CORONA-TIEF	12
3 FRAGEN AN ...	15
AUF EINEN BLICK: MEHR HOMEOFFICE	20
TELEGRAMM	21
LEICHTBAU: ERSTE ADRESSE FÜR DEN „GAME CHANGER“	22
KURZ & KNAPP	26
NEUER SCHWUNG FÜR DEN EUROPÄISCHEN BINNENMARKT	28
WORTMELDUNG	30
BMWI AKTIV + BEST OF SOCIAL MEDIA	32
NATIONALES REFORMPROGRAMM 2021	34
TERMINE	39

DER AUSBLICK HELLT SICH AUF

**BUNDESMINISTER PETER ALTMAIER STELLT DIE AKTUELLE
FRÜHJAHRSPROJEKTION DER BUNDESREGIERUNG VOR. FÜR 2021
UND 2022 WERDEN 3,5 % UND 3,6 % WACHSTUM ERWARTET**



W eite Teile des öffentlichen Lebens in Deutschland sind nach wie vor von den Maßnahmen zur Pandemiebekämpfung betroffen. Neben den Auswirkungen auf das alltägliche Leben bringen diese auch erhebliche Effekte für die Wirtschaft mit sich. Vor allem stark auf soziale Kontakte angewiesene Bereiche wie etwa das Gastgewerbe oder Kunst & Unterhaltung sind in ihrer wirtschaftlichen Aktivität seit November letzten Jahres eingeschränkt, der stationäre Einzelhandel seit Mitte Dezember. Nach anhaltend hohen Infektionszahlen mussten die Maßnahmen zuletzt durch die Bundesnotbremse noch verschärft werden.

Entsprechend diesen Beschränkungen und bisher verfügbaren Indikatoren dürfte der Einstieg in das neue Jahr grundsätzlich gedämpft verlaufen sein. Gleichzeitig zeigt sich die seit letztem Herbst bestehende robuste Grunddynamik in der Industriekonjunktur bislang weitgehend unbeeindruckt und manifestiert sich unter anderem in einer soliden Entwicklung des Außenhandels.

SCHRITTWEISE LOCKERUNGEN WERDEN KONSUMNACHFRAGE STIMULIEREN

Durch diese Zweiteilung der deutschen Konjunktur übernimmt die Industrie im ersten Halbjahr noch eine stützende Funktion, während mit der zunehmenden Durchimpfung der Bevölkerung schrittweise Lockerungen der bislang eingeschränkten Bereiche möglich werden sollten. Zur Jahresmitte dürften daher ein deutlicher Anstieg der Konsumausgaben und merkliche Impulse aus der Binnenwirtschaft zu erwarten sein.

Im Ergebnis rechnet die Bundesregierung im laufenden Jahr mit einem Anstieg des Bruttoinlandsprodukts (BIP) um 3,5 %. Für das Jahr 2022 geht die Bundesregierung von einer weiteren Erholung der Wirtschaftsleistung um 3,6 % aus. Im Verlauf erreicht die deutsche Volkswirtschaft bereits in der zweiten Jahreshälfte dieses Jahres wieder ihr Vorkrisenniveau des vierten Quartals 2019, befindet sich aber noch in einer deutlichen Unterauslastung.

Im Inland wirkten sich im ersten Quartal vor allem die eingeschränkten Konsummöglichkeiten der Bürgerinnen und Bürger in Folge der anhaltenden Beschränkungsmaßnahmen negativ aus. Durch

3,5 %

Wirtschaftswachstum erwartet die Bundesregierung in ihrer Projektion für 2021.

diese sind insbesondere konsumnahe Dienstleistungsunternehmen betroffen. Die Bundesregierung rechnet damit, dass eine Erholung der Binnenkonjunktur, getragen vom privaten Konsum und gestärkt durch die staatlichen Konsumausgaben, noch im zweiten Quartals wieder einsetzt. Gleichzeitig wird die Industrie in den nächsten Monaten solide expandieren. Darauf deuten sowohl die Auftragslage als auch Stimmungsindikatoren hin. Da aber auch im zweiten Quartal noch Einschränkungen fortbestehen, dürfte sich die Erholung am stärksten im dritten Quartal zeigen. In der Folge rechnet die Bundesregierung – nach dem Erreichen des Vorkrisenniveaus in der zweiten Jahreshälfte 2021 – mit einer Normalisierung der Wachstumsraten und der gesamtwirtschaftlichen Rahmenbedingungen. Die erwartete erneut starke Wachstumsrate →

ANNAHMEN DER FRÜHJAHRSPROJEKTION 2021

In der vorliegenden Projektion werden die aktuell gültigen Eindämmungsmaßnahmen berücksichtigt. Es wird davon ausgegangen, dass es infolge der fortschreitenden Impfkampagne zu schrittweisen Lockerungen kommt. Die Projektion macht keine expliziten Annahmen zum Fortgang der Impfkampagne, geht allerdings davon aus, dass bis zum Ende des Sommers allen Impfwilligen ein Impfangebot gemacht werden kann.

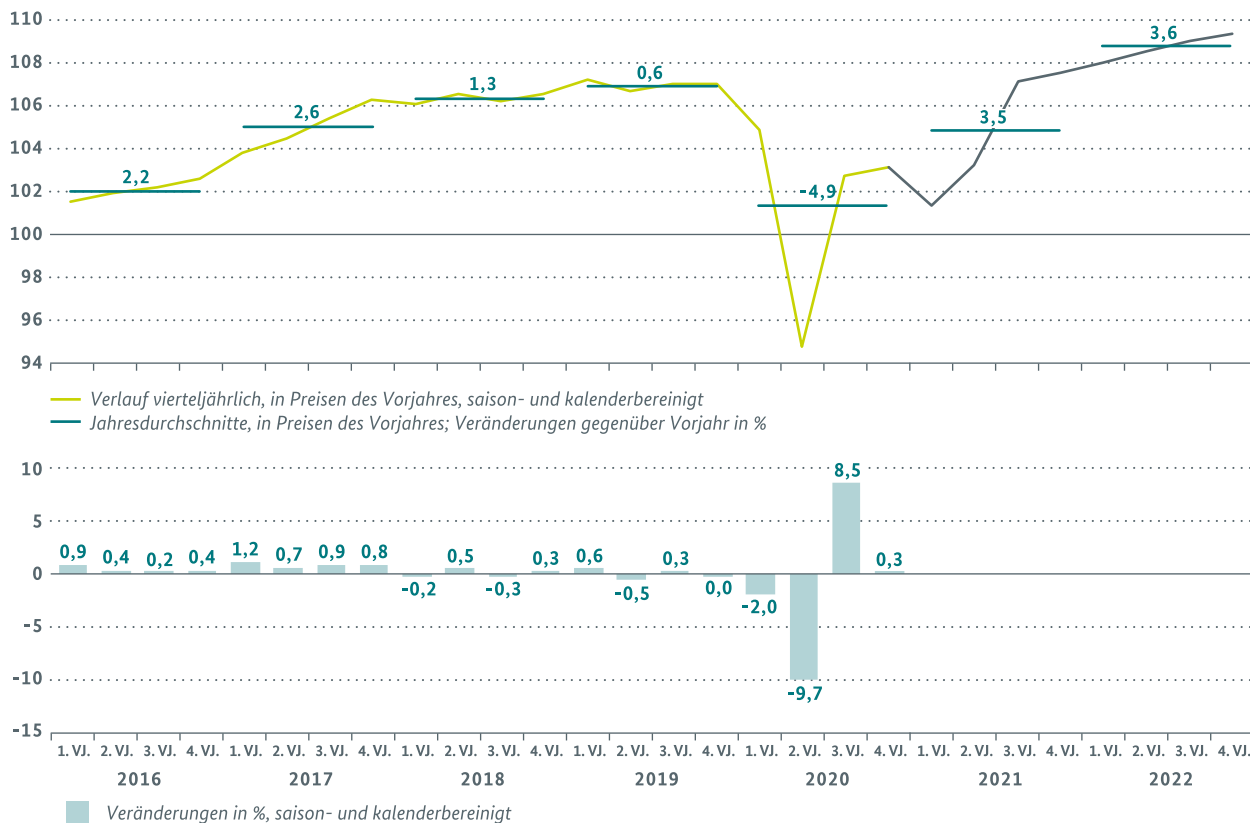
In Übereinstimmung mit Prognosen internationaler Organisationen wird für die Weltwirtschaft eine kräftige Erholung in Höhe von 5,7 % in diesem Jahr und 4,6 % im kommenden Jahr erwartet.

Für die Entwicklung des Ölpreises wird eine technische Annahme auf Basis von Terminnotierungen zum Zeitpunkt des Projektionsabschlusses getroffen. Demnach ist für das aktuelle Jahr von einem durchschnittlichen Rohölpreis für ein Fass der Sorte Brent von 61,3 US-Dollar auszugehen, im kommenden Jahr dürfte der Preis leicht auf 58,1 US-Dollar sinken.

Bei der Projektion wurden alle bereits beschlossenen wirtschafts- und finanzpolitischen Maßnahmen berücksichtigt. Dazu gehören auch die Ausgaben und Mindereinnahmen im Rahmen des Konjunktur- und Zukunftspakets.

ABBILDUNG 1: BRUTTOINLANDSPRODUKT – FRÜHJAHRSPROJEKTION 2021

Index 2015 = 100



Quellen: Frühjahrsprojektion 2021

von 3,6% im Jahr 2022 ist auch darauf zurückzuführen, dass die kräftige Erholung im zweiten Halbjahr des Jahres 2021 stattfindet, wodurch sich ein statistischer Überhang ergibt, der die Ausgangslage für das Jahr 2022 deutlich verbessert.

Eine wichtige Rolle für die wirtschaftliche Erholung spielen weiterhin auch die umfangreichen wirtschaftspolitischen Stützungsmaßnahmen. So umfasst das von der Koalition beschlossene Konjunktur- und Krisenbewältigungspaket ein Gesamtvolumen von rund 140 Mrd. Euro. Der Bundeshaushalt 2021 sieht davon ca. 35 Mrd. Euro zur Umsetzung des Konjunktur- und Krisenbewältigungsprogramms vor. Zusätzlich sind im Jahr 2021 weitere 65 Mrd. Euro für die Unternehmenshilfen (insb. Überbrückungshilfen III) eingeplant. Diese wurden deutlich erweitert und um einen Eigenkapitalzuschuss sowie die „Neustarthilfe“ für Soloselbstständige ergänzt. Neben dem Konjunkturpaket wurden außerdem die Härtefallhilfen geschaffen für Fälle,

in denen der bisherige Schutzschirm nicht greift. Kurzfristig entlastet das Paket Unternehmen und unterstützt diese gezielt mit Liquidität. Gezielte finanzielle Anreize stimulieren private Konsumausgaben und Investitionen. Ein weiterer Bestandteil ist die Förderung von wichtigen Zukunftsbereichen wie Digitalisierung, Künstliche Intelligenz, Wasserstofftechnologien sowie die Transformation des Energie- und Mobilitätssektors. Dies sichert mittelfristig die Wettbewerbsfähigkeit und begünstigt die Rückkehr auf einen nachhaltigen Wachstumspfad.

AUFSCHWUNG DER WELTWIRTSCHAFT

Die Auswirkungen der Corona-Pandemie hatten die Weltwirtschaft in eine schwere Rezession gestürzt. Sowohl die globale Industrieproduktion als auch der Welthandel erlebten einen beispiellosen Einbruch. Es folgte eine beeindruckende Erholung, die am aktuellen Rand vor allem von einer starken

wirtschaftlichen Dynamik Asiens sowie kräftigen Impulsen aus den Vereinigten Staaten geprägt wird. Im asiatischen Wirtschaftsraum gehen wesentliche Impulse von der chinesischen Volkswirtschaft aus, die die Pandemie in großen Teilen bereits im vergangenen Jahr hinter sich gebracht hat und sogar ein positives Wirtschaftswachstum verzeichnete. Insbesondere die weltweit erhöhte Nachfrage nach Computern und anderen Geräten zur Ausstattung der Homeoffices sorgten für einen zusätzlichen

STARKE WACHSTUMS-IMPULSE AUS CHINA UND DEN VEREINIGTEN STAATEN

Anstoß der chinesischen Industrieproduktion. Im laufenden Jahr sollten durch die wieder eingesetzte Grunddynamik der chinesischen Wirtschaft auch die peripheren Staaten von positiven wirtschaftlichen Entwicklungen profitieren. Derweil wurden die Prognosen für das amerikanische Wirtschaftswachstum im laufenden Jahr zuletzt deutlich nach oben korrigiert, was zum einen auf eine erfolgreiche und sehr schnell verlaufende Impfkampagne zurückzuführen ist, die bereits eine schrittweise Öffnung kontaktintensiver Dienstleistungsbereiche ermöglicht hat. Zum anderen wird die wirtschaftliche Entwicklung in den Vereinigten Staaten durch ein massives Konjunkturprogramm unterstützt, was zusätzliche Impulse liefern dürfte.

Im Ergebnis gehen wir 2021 in Anlehnung an die Prognosen internationaler Organisationen von einem Anstieg der Weltwirtschaftsleistung in Höhe von 5,7 % aus. Nächstes Jahr dürfte es noch zu einem Wachstum von 4,6 % kommen. Parallel zur Entwicklung der globalen Wirtschaftsleistung kommt es auch zu einer deutlichen Erholung des Welthandels, der im vergangenen Corona-Jahr um 12,7 % zurückgegangen ist. Für das laufende Jahr erwartet —>

UM
5,7 %

dürfte die Weltwirtschaft
im Jahr 2021 wachsen.



3 FRAGEN AN

PROF. DR. STEFFEN MÜLLER LEITET DIE
INSOLVENZFORSCHUNG AM LEIBNIZ-INSTITUT
FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG HALLE (IWH)

WARUM WAREN DIE INSOLVENZZAHLEN BISHER SO NIEDRIG?

Dies kann in erster Linie durch staatliche Unterstützungsmaßnahmen und abwartendes Verhalten bei den Unternehmen erklärt werden. Die Krise traf die meisten Unternehmen am Ende einer langanhaltenden wirtschaftlichen Boomphase, und viele konnten über einen langen Zeitraum Reserven aufbauen. In der Hoffnung auf einen baldigen Nach-Corona-Boom haben sich offenbar viele Unternehmen entschieden, durchzuhalten und vorübergehende Verluste hinzunehmen.

SOLLTE DIE ANTRAGSPFLICHT WIEDER AUSGESETZT WERDEN?

Die zeitlich begrenzte generelle Aussetzung der Insolvenzantragspflicht, im Wesentlichen von Ende März bis Ende September 2020, war kurzfristig wichtig für die Stabilisierung der Wirtschaft. Sie scheint auch nicht zu einem massiven Aufstauen der Insolvenzen geführt zu haben. Eine längerfristige erneute Aussetzung wäre jedoch Gift für die Selbstheilungskräfte der Wirtschaft und den Aufschwung nach der Pandemie.

WANN KOMMT DIE GROSSE INSOLVENZWELLE – WENN ÜBERHAUPT?

Einen Dambruch im Sommer, bei dem innerhalb kurzer Zeit viele zehntausend oder gar hunderttausend Jobs durch Insolvenzen gefährdet sind, halte ich für unwahrscheinlich. Zum einen läuft das ausgeweitete Kurzarbeitergeld noch bis Ende 2021, zum anderen dürfte aufgrund der Impfungen und hoher Ersparnisse bei den Konsumenten das Jahr 2021 ein wirtschaftlich gutes Jahr mit Nachholeffekten für die meisten Branchen werden. —

FÜR DIE DEUTSCHEN EXPORTE WIRD 2021 EIN ANSTIEG UM 9,2 % ERWARTET.

die Bundesregierung einen Anstieg des Welthandelsvolumen um 10,1 %. Dementsprechend kommt es auch zu einem deutlichen Wachstum der deutschen Exporte, die um 9,2 % steigen. Durch die im ersten Halbjahr noch bestehenden Pandemie-Eindämmungsmaßnahmen und ihrer Effekte auf die deutsche Binnennachfrage dürfte es mit Blick auf die Importentwicklung zu einer verzögert einsetzenden Erholung kommen. Die Bundesregierung erwartet im Jahresdurchschnitt 2021 eine Zunahme der Einfuhren um 7,8 %. Dies führt im laufenden Jahr zu einem deutlich positiven Außenbeitrag (+1,1 Prozentpunkte). Gemeinsam mit den Primär- und Sekundäreinkommen ergibt sich im Saldo ein leicht höherer Leistungsbilanzüberschuss. Er steigt auf 7,1 % des Bruttoinlandsprodukts. Im Jahr 2020 lag er noch bei 7,0 %. Im nächsten Jahr dürfte er allerdings durch die weiterlaufende Erholung der Importe leicht auf 6,8 % sinken.

DEUTISCHE ERHOLUNG DER INVESTITIONEN

Ausrüstungsinvestitionen sind in Deutschland eng mit der Entwicklung des Außenhandels und der globalen Industriekonjunktur verknüpft. Ein Großteil der Investitionen wird hierbei von der exportorientierten Industrie getätigt.

In Folge der Pandemie-bedingten Rezession des Verarbeitenden Gewerbes und der generell gestiegenen Unsicherheit gingen die Investitionen in Ausrüstungen im Jahr 2020 markant zurück. Im Zuge der allmählichen Erholung des Welthandels kam es aber zu einer deutlichen Erholung. Auf Grund der gut laufenden Industrie und anziehender Exporte sowie der Perspektive auf eine breite Verfügbarkeit von Impfstoffen hellt sich das Investitionsklima auf. Für dieses Jahr erwartet die Bundesregierung einen deutlichen Zuwachs der Ausrüstungsinvestitionen um 7,5 %.

Durch die weiterhin günstigen Finanzierungsbedingungen und die ungebrochen hohe Nachfrage nach Wohnraum dürften auch die Bauinvestitionen weiter expandieren, auch da die staatlichen



Ausgaben in diesem Bereich deutlich zulegen dürften. Allerdings erfuhr die Bauwirtschaft durch schlechte Witterung und Vorzieheffekte durch die Umsatzsteuersatzsenkungen ein ausgesprochen schlechtes erstes Quartal, was die jahresdurchschnittliche Veränderungsrate dämpft. Im laufenden Jahr rechnet die Bundesregierung daher mit einem Zuwachs der realen Bauinvestitionen um 1,4 % und im kommenden Jahr mit einem kräftigeren Plus von 2,8 %.

Im Ergebnis legen die Bruttoanlageinvestitionen in diesem Jahr um 3,5 % zu und werden im nächsten Jahr nochmals um 3,6 % ausgeweitet. Die Investitionsquote – also die nominalen Bruttoanlageinvestitionen in Relation zum nominalen Bruttoinlandsprodukt – wird im Prognosezeitraum bis 2022 auf 22,3 % steigen. Im Jahr 2016 lag sie noch bei 20,3 %.

STAATLICHE MASSNAHMEN STÜTZEN ARBEITSMARKTENTWICKLUNG

Durch die Corona-Krise zeigten sich auch am Arbeitsmarkt deutliche Auswirkungen, die Entwicklung verlief allerdings angesichts des gravierenden Einbruchs der Wirtschaftsleistung sehr robust. Dies liegt auch am Instrument der Kurzarbeit, die bereits im letzten Jahr stabilisierend auf Einkommen und Beschäftigung wirkte und die auch seit der zweiten Welle der Pandemie wieder vermehrt in Anspruch genommen wird.

TABELLE 1: TECHNISCHE DETAILS DER FRÜHJAHRSPROJEKTION 2021

	2020	2021	2022
in % bzw. Prozentpunkten			
JAHRESDURCHSCHNITTliche BIP-RATE	-4,9	3,5	3,6
Statistischer Überhang am Ende des Jahres ²	1,7	2,6	0,6
Jahresverlaufsrate ³	-3,6	4,4	1,7
Jahresdurchschnittliche BIP-Rate, arbeitstäglich bereinigt	-5,3	3,4	3,7
Kalendereffekt ⁴	0,4	0,0	-0,1

1 bis Dezember 2020 vorläufige Ergebnisse des Statistischen Bundesamtes.

2 Saison- und kalenderbereinigter Indexstand im vierten Quartal des Vorjahres in Relation zum kalenderbereinigten Quartalsdurchschnitt des Vorjahres.

3 Jahresveränderungsrate im vierten Quartal, saison- und kalenderbereinigt.

4 In % des BIP.

5 Abweichungen in den Summen durch Rundungen möglich.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Frühjahrsprojektion 2021 der Bundesregierung.

IN KÜRZE

Die Bundesregierung rechnet für dieses Jahr mit einem leichten Beschäftigungsrückgang.

In den ersten Monaten des Jahres kam es trotz der anhaltenden Beschränkungen zu einer Frühjahrsbelebung, die sich im Zuge der erwarteten Lockerungen verstärken dürfte. Die Frühindikatoren entwickelten sich am aktuellen Rand spürbar positiv und deuten auf zunehmende Beschäftigungsaufnahmen hin. Die Kurzarbeit dürfte in den nächsten Monaten deutlich zurückgehen.

Insgesamt rechnet die Bundesregierung im laufenden Jahr mit einem leichten Rückgang der Erwerbstätigkeit um 60 Tausend Personen. Dabei dürfte es deutliche Unterschiede zwischen den Wirtschaftsbereichen und den Beschäftigungsformen geben. Die Zahl der Arbeitnehmer steigt an, wobei es insbesondere zu Zuwächsen bei der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung kommen dürfte. Die Zahl der Selbständigen und der geringfügig Beschäftigten dürfte hingegen insbesondere dieses Jahr noch zurückgehen. Hier setzen sich langfristige Trends fort, die von der Corona-Krise noch verstärkt werden. Die Arbeitslosigkeit dürfte im laufenden Jahr um 80 Tausend Personen zurückgehen.

Eine wichtige Rolle für den widerstandsfähigen Arbeitsmarkt spielen die umfassenden staatlichen Stützungsmaßnahmen wie die Soforthilfen und Überbrückungshilfen sowie die Kurzarbeit, die viele Entlassungen verhindern konnte. Die Zahlen der Kurzarbeit waren im Frühjahr 2020 in noch nie dagewesenem Ausmaß angestiegen. Auch während der zweiten Welle der Pandemie stieg ihre Zahl wie-

der an. Die sehr hohen Zahlen des Vorjahres dürften allerdings nicht wieder erreicht werden. Die Bundesregierung rechnet mit einem Höchststand von rund 3 Millionen Kurzarbeitenden und 1,7 Millionen Kurzarbeitenden im Jahresdurchschnitt. Die starke Inanspruchnahme der Kurzarbeit lag auch an der Knappheit an Arbeitskräften. Arbeitgeber versuchten schon aus diesem Grund, Beschäftigte zu halten. Durch den Rückgang der Kurzarbeit in diesem Jahr wird sich auch die Arbeitszeit und damit das Arbeitsvolumen normalisieren.

Im Jahr 2022 dürfte die Arbeitslosigkeit weiter zurückgehen (-200 Tausend) und auch die Erwerbstätigkeit wieder zunehmen (+290 Tausend).

HÖHERE INFLATIONSRATE DURCH ROHSTOFFPREISE UND SONDEREFFEKTE

Zu Beginn des Jahres haben die Verbraucherpreise merklich angezogen. Grund für die Erhöhung ist zunächst die Rücknahme der temporären Senkung der Umsatzsteuersätze. Darüber hinaus traten Maßnahmen des Klimapakets in Kraft (darunter die CO₂-Bepreisung für Transport und Gebäudeheizung sowie die Anhebung Kfz-Steuer), die durch die Senkung der EEG-Umlage nur zum Teil kompensiert werden. Des Weiteren normalisierten sich die Rohstoffpreise, die im letzten Jahr die Inflation erheblich dämpften.

Ab dem zweiten Halbjahr 2021 wird sich ein weiterer Nebeneffekt der temporären Senkung der Umsatzsteuersätze von Juli bis Dezember 2020 zeigen. Durch die Messung der Inflation als prozentuale Preisniveausteigerung im aktuellen Monat gegenüber dem Vorjahresmonat hängt die aktuelle Preissteigerungsrate auch vom Preisniveau des Vorjahres ab und es ergibt sich ein statistischer „Basiseffekt“: Ist das Preisniveau im Vorjahresmonat deutlich gesunken, schlägt sich dies in höheren Teuerungsraten im laufenden Jahr nieder. Am Jahresende verpufft dieser Effekt. Die Bundesregierung trägt in ihrer Projektion dieser Entwicklung Rechnung und erwartet für das laufende Jahr eine Inflationsrate von 2,3 % und für das nächste Jahr eine Rate von 1,4 %.

Die Kerninflation, also die Entwicklung der Verbraucherpreise unter Herausrechnung der volatilen Energie- und Lebensmittelpreise, liegt in den Jahren 2021 und 2022 bei 1,7 % bzw. 1,4 %. ➔

ECKWERTE DER FRÜHJAHRSPROJEKTION 2021

TABELLE 2: GESAMTWIRTSCHAFTLICHE ENTWICKLUNG IN DER BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND ¹

Veränderung gegenüber Vorjahr in %, soweit nicht anders angegeben

		FRÜHJAHRSPROJEKTION	FRÜHJAHRSPROJEKTION
	2020	2021	2022
ENTSTEHUNG DES BRUTTOINLANDSPRODUKTS (BIP)			
BIP (preisbereinigt)	-4,9	3,5	3,6
Erwerbstätige (im Inland)	-1,1	-0,1	0,6
BIP je Erwerbstätigen	-3,9	3,6	3,0
BIP je Erwerbstätigenstunde	-0,2	1,0	2,6
nachrichtlich:			
Erwerbslosenquote in % (ESVG-Konzept) ²	4,0	4,0	3,6
Arbeitslosenquote in % (Abgrenzung der BA) ²	5,9	5,7	5,3
VERWENDUNG des BIP in jeweiligen Preisen (nominal)			
Konsumausgaben			
Private Haushalte und priv. Organisationen ohne Erwerbszweck	-5,4	3,1	7,1
Staat	6,6	9,0	1,4
Bruttoanlageinvestitionen	-1,7	5,8	5,7
Vorratsveränderungen und Nettozugang an Wertsachen (Mrd. EURO)	-57,4	-58,8	-61,1
Inlandsnachfrage	-3,4	5,2	5,4
Außenbeitrag (Mrd. EURO)	194,0	206,8	211,1
Außenbeitrag (in % des BIP) ⁷	5,8	5,9	5,7
BRUTTOINLANDSPRODUKT (nominal)	-3,4	5,3	5,2
VERWENDUNG des BIP preisbereinigt (real)			
Konsumausgaben			
Private Haushalte und priv. Organisationen ohne Erwerbszweck	-6,1	0,8	5,5
Staat	3,3	5,2	0,3
Bruttoanlageinvestitionen	-3,1	3,5	3,6
Ausrüstungen	-12,1	7,5	5,5
Bauten	1,9	1,4	2,8
Sonstige Anlagen	-1,1	3,3	3,0
Vorratsveränderung und Nettozugang an Wertsachen (Impuls) ³	-0,8	0,0	0,0
Inlandsnachfrage	-4,2	2,5	3,8
Exporte	-9,4	9,2	4,5
Importe	-8,5	7,8	5,0
Außenbeitrag (Impuls) ³	-0,9	1,1	0,1
BRUTTOINLANDSPRODUKT (real)	-4,9	3,5	3,6
PREISENTWICKLUNG (2015 = 100)			
Konsumausgaben der privaten Haushalte ⁴	0,7	2,2	1,5
Inlandsnachfrage	0,9	2,6	1,5
Bruttoinlandsprodukt ⁵	1,6	1,7	1,5
VERTEILUNG DES BRUTTONATIONALEINKOMMENS (BNE)			
(Inländerkonzept)			
Arbeitnehmerentgelte	-0,2	3,3	3,9
Unternehmens- und Vermögenseinkommen	-9,3	12,9	5,4
Volkseinkommen	-2,8	5,8	4,3
Bruttonationaleinkommen	-3,3	5,1	5,2
nachrichtlich (Inländerkonzept):			
Arbeitnehmer	-0,7	0,2	0,8
Bruttolöhne und -gehälter	-0,8	3,2	3,9
Bruttolöhne und -gehälter je Arbeitnehmer	-0,1	3,0	3,1
Verfügbares Einkommen der privaten Haushalte	0,7	2,7	2,9
Sparquote in % ⁶	16,2	15,7	12,2

¹ Bis 2020 vorläufige Ergebnisse des Statistischen Bundesamtes; Stand: Februar 2021;

² Bezogen auf alle Erwerbspersonen;

³ Absolute Veränderung der Vorräte bzw. des Außenbeitrags in % des BIP des Vorjahres (= Beitrag zur Zuwachsrate des BIP);

⁴ Verbraucherpreisindex; Veränderung gegenüber Vorjahr: 2020: 0,5 %; 2021: 2,3 %; 2022: 1,4 %;

⁵ Lohnstückkosten je Arbeitnehmer; Veränderung gegenüber Vorjahr: 2020: 4,5 %; 2021: -0,6 %; 2022: 0,0 %;

⁶ Sparen in % des verfügbaren Einkommens der privaten Haushalte einschließlich betrieblicher Versorgungsansprüche.

LÖHNE UND VERFÜGBARE EINKOMMEN IN DER KRISE STABIL

Im vergangenen Jahr gingen die Löhne trotz der pandemiebedingten Rezession kaum zurück. Zunächst haben die umfangreichen staatlichen Maßnahmen sowie die Kurzarbeit zu einer Stützung von Einkommen und Beschäftigung beigetragen. Ein weiterer Grund waren bereits in den Vorjahren vereinbarte Tariflohnsteigerungen, die im Jahr 2020 zum Tragen kamen. Darüber hinaus führte der Rückgang der geringfügig entlohten Beschäftigung für sich genommen zu einem positiven Effekt auf die Durchschnittslöhne.

Im laufenden Jahr dürfte sich bei den Tarifverhandlungen eine Lohnzurückhaltung einstellen, bei der die Tarifparteien auf die schwierigere wirtschaftliche Situation vieler Unternehmen Rücksicht nehmen. Die Effektivlöhne dürften in diesem Jahr dagegen parallel zur wirtschaftlichen Erholung deutlich steigen, auch auf Grund des starken Rückgangs der Kurzarbeit (Bruttolöhne und -gehälter je Arbeitnehmer 2021: 3,0 %). Im nächsten Jahr werden die Bruttolöhne und -gehälter wegen der weiter zulegenden Konjunktur mit 3,1 % erneut kräftig aufholen. Die staatlichen Maßnahmen führen erneut zu einer kräftigen Ausweitung der monetären Sozialleistungen im laufenden Jahr.

Im Dienstleistungssektor bleiben die Konsummöglichkeiten der privaten Haushalte auch im ersten Halbjahr 2021 noch eingeschränkt. Angesichts der erwarteten Lockerungen und der stabilen verfügbaren Einkommen dürfte der private Konsum ab dem zweiten Halbjahr dieses Jahres wieder zunehmen. Die Frühjahrsprojektion geht dabei auch von Nachholeffekten im Bereich bislang nicht möglicher Konsumausgaben aus. Im kommenden Jahr dürfte der Private Konsum dann noch einmal deutlich expandieren, so dass sich Wachstumsraten von 0,8 % für das Jahr 2021 und 5,5 % im kommenden Jahr ergeben.

DEUTSCHE WIRTSCHAFT STARK UNTERAUSGELASTET

Die Projektion der wirtschaftlichen Entwicklung in der mittleren Frist, d. h. für die Jahre 2023 bis 2025, orientiert sich an den strukturellen Wachstumsmöglichkeiten der Volkswirtschaft. Das Produktionspotenzial beschreibt die wirtschaftliche

Aktivität einer Volkswirtschaft bei Normalauslastung der Produktionsfaktoren. Es wird angenommen, dass nach einem Schock die Wirtschaft mittelfristig wieder zum Potenzialpfad zurückkehrt. Dieser ist allerdings selbst durch die Krise beeinflusst, da trotz aller Hilfsmaßnahmen auch mit strukturellen Veränderungen (z. B. Unternehmensinsolvenzen) zu rechnen ist. Das Potenzialwachstum liegt in den Jahren 2021 und 2022 bei rund 1,2 %. Zum Ende des Projektionszeitraums im Jahr 2025 sinkt die Potenzialrate auf 0,9 %. Hier macht sich der Rückgang des Arbeitskräftepotenzials aufgrund des demografischen Wandels bemerkbar.

Die deutsche Wirtschaft befindet sich im Jahr 2021 trotz des kräftigen Wachstums noch in einer deutlichen Unterauslastung. Dies spiegelt sich in einer negativen Produktionslücke (BIP minus Produktionspotenzial) von -2,6 % des Produktionspotenzials wider. Infolge des anhaltenden Wachstums verringert sich die Produktionslücke bereits im Jahr 2022 deutlich auf -0,2 %. Die deutsche Wirtschaft befindet sich dann im Bereich der Normalauslastung. Zum Ende des Projektionszeitraums im Jahr 2025 schließt sich die Produktionslücke annahmegemäß vollständig.

CHANCEN UND RISIKEN

Die Bundesregierung stellt in ihrer Frühjahrsprojektion die aus ihrer Sicht wahrscheinlichste Entwicklung der deutschen Volkswirtschaft dar. Es gibt dabei Risiken aber auch Chancen für die wirtschaftliche Entwicklung.

In der vorliegenden Projektion wird nicht davon ausgegangen, dass es erforderlich sein wird, auf Grund anhaltend hoher Infektionszahlen die Maßnahmen zur Eindämmung der Pandemie noch weiter zu verlängern oder zu verschärfen. Insbesondere das Auftreten von ansteckenderen oder resistenten Virus-Mutationen stellt jedoch ein zusätzliches Risiko dar.

Chancen ergeben sich im In- und Ausland vor allem aus einer stärkeren Erholung des Außenhandels und einer noch kräftigeren Erholung der Konsumausgaben. —

KONTAKT

Referat: Beobachtung, Analyse und Projektion der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung

schlaglichter@bmwi.bund.de

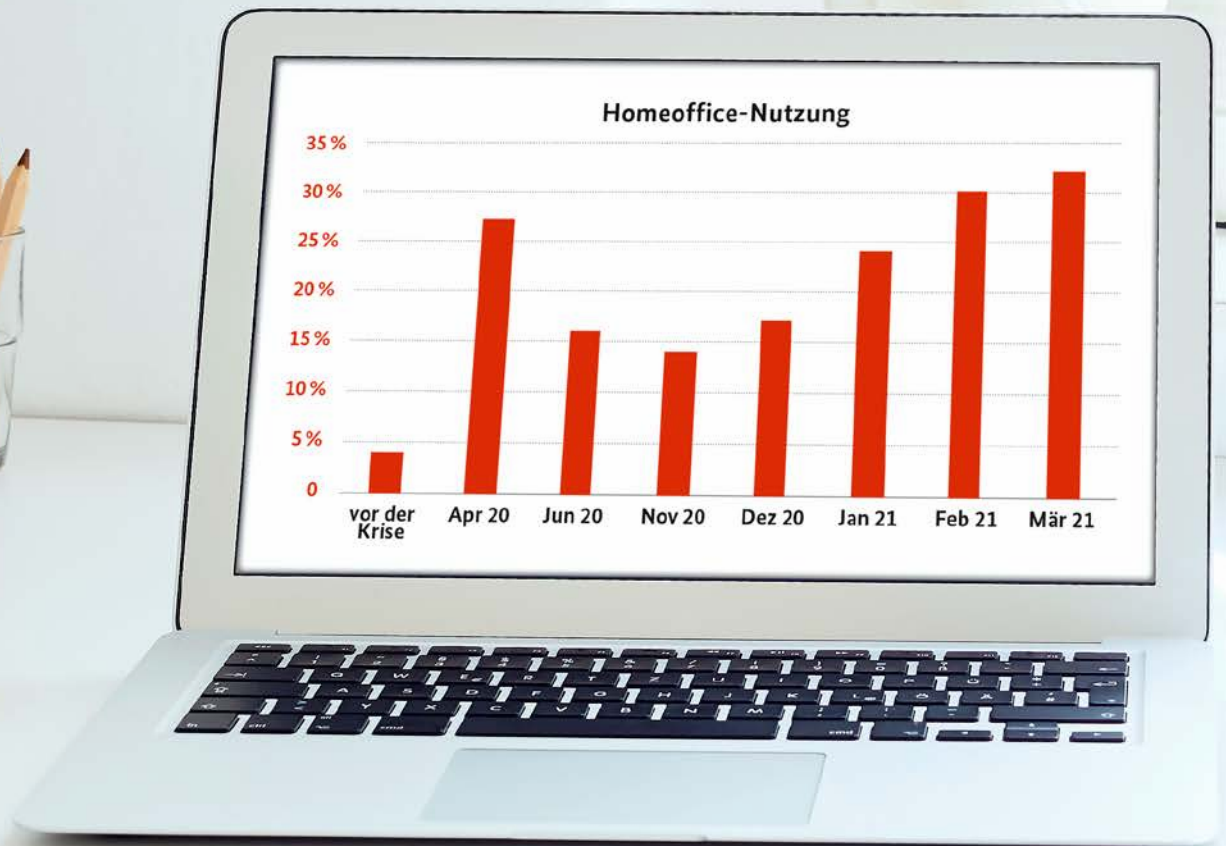


AUF EINEN BLICK

MEHR HOMEOFFICE

DAS ARBEITEN ZUHAUSE HILFT DABEI, INFEKTIONEN ZU VERMEIDEN UND DIE PANDEMIE EINZUDÄMMEN.

Ein Drittel aller Beschäftigten arbeitet derzeit im Homeoffice. Damit werden unnötige Kontakte vermieden und potenzielle Infektionsketten unterbrochen. Forschungen des ifo Instituts zeigen: Ein Prozentpunkt mehr Homeoffice reduziert die Infektionszahlen um 4 – 8 %. Auf diese Weise leistet die Wirtschaft einen entscheidenden Beitrag zur Überwindung der Pandemie. Nach der Krise dürfte das Arbeiten vom heimischen Arbeitsplatz verstärkt zur neuen Normalität gehören.





TELEGRAMM

WETTBEWERB

WIRTSCHAFTSFILMPREIS 2021

DAS BMWI HAT ZUM 54. MAL DEN WETTBEWERB ZUM „DEUTSCHEN WIRTSCHAFTSFILMPREIS“ AUSGESCHRIEBEN. Mit den zu vergebenden Preisgeldern sollen audiovisuelle Produktionen verschiedener Kategorien gefördert werden, die spannende Aspekte der Wirtschaft in der Bundesrepublik Deutschland für eine breite Öffentlichkeit ansprechend aufbereiten. Weitere Informationen zur Ausschreibung finden sich unter ► www.deutscher-wirtschaftsfilmpreis.de

ZUKUNFTSFONDS

NEUE FÖRDERUNG FÜR START-UPS

DIE BUNDESREGIERUNG STELLT ZUSÄTZLICHE 10 MRD. EURO FÜR EINEN BETEILIGUNGSFONDS FÜR ZUKUNFTSTECHNOLOGIEN („ZUKUNTSFONDS“) BEREIT. Profitieren sollen davon insbesondere innovative Technologie-Start-ups in der Wachstumsphase mit einem hohen Kapitalbedarf. Bundeswirtschaftsminister Peter Altmaier und Bundesfinanzminister Olaf Scholz haben am 24. März 2021 die KfW mit der Umsetzung und Verwaltung des Zukunftsfonds beauftragt.

ROHSTOFFE

NEUE BMWI-BROSCHÜRE

ROHSTOFFE SIND DIE BASIS FÜR JEDE VOLKSWIRTSCHAFT UND DAMIT FÜR WOHLSTAND UND ARBEITSPLÄTZE. Dabei sind ein effizienter Einsatz und die Wiederverwertung von Rohstoffen essenziell. Auch der Abbau von Primärrohstoffen bleibt wichtig. Die neue Broschüre des BMWi zum Thema Rohstoffe kann über folgenden Link abgerufen werden:

► www.bmwi.de/rohstoffe-bergbau-recycling-ressourceneffizienz

MORGEN

JUNGE MENSCHEN UND AUSBILDUNGSBETRIEBE STÄRKEN

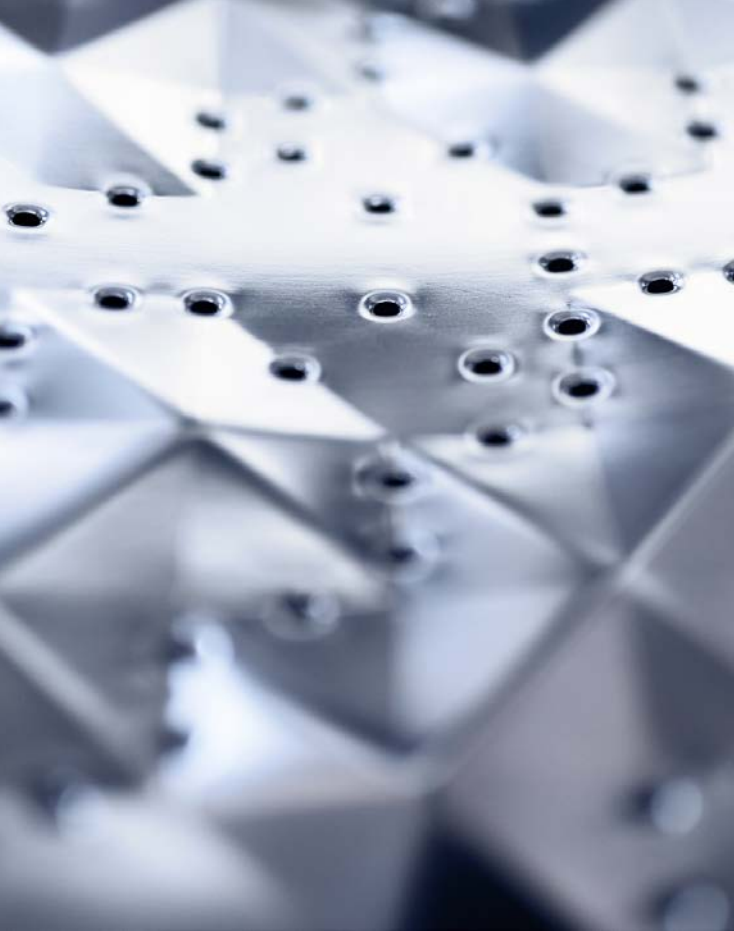
DIE ALLIANZ FÜR AUS- UND WEITERBILDUNG WURDE 2019 VON VERTRETERN DER BUNDESREGIERUNG (einschließlich Bundeswirtschaftsminister Peter Altmaier), der Bundesagentur für Arbeit, der Wirtschaftsverbände BDA, BFB, DIHK und ZDH, von Gewerkschaften und von Ländern unterzeichnet. Im März 2021 haben sie eine „Gemeinsame Aktion zur Stärkung von Ausbildungsbetrieben und jungen Menschen in der Corona-Pandemie“ beschlossen. Informationen zur Allianz und zu der Aktion finden sich auf ► www.aus-und-weiterbildungsallianz.de

STARTSCHUSS

GAIA-X-FÖRDERUNG BEGINNT

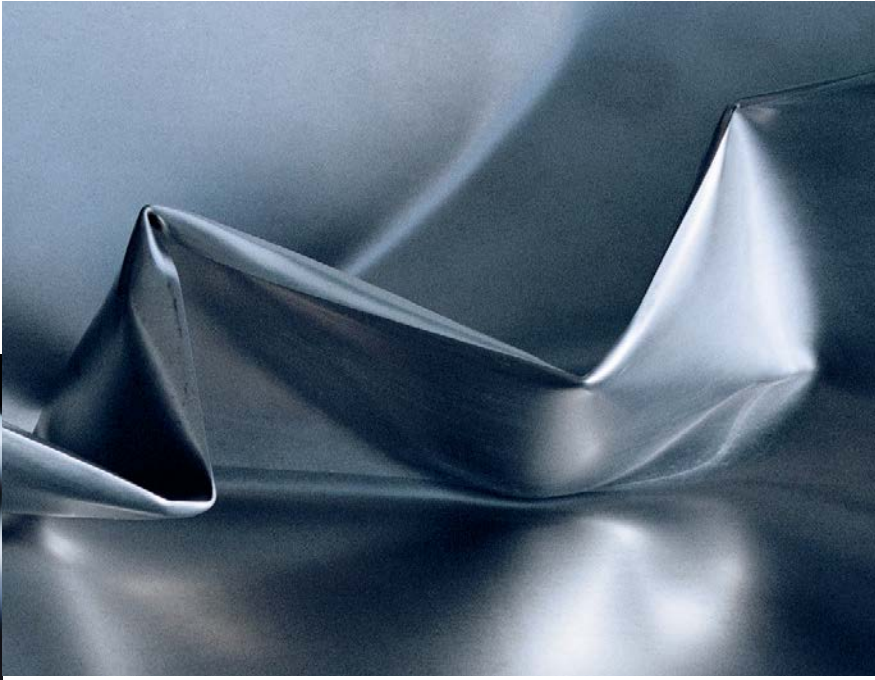
MIT DEM FÖRDERWETTBEWERB „INNOVATIVE UND PRAXISNAHE ANWENDUNGEN UND DATENRÄUME IM DIGITALEN ÖKOSYSTEM GAIA-X“ DES BMWI ist das europäische Dateninfrastrukturprojekt GAIA-X in Deutschland in die Anwendungsphase gestartet. Bis zum 7. Mai können sich Konsortien von Anwendern und Anbietern – zum Beispiel aus der Wirtschaft, der Wissenschaft und dem öffentlichen Sektor – mit Projekten zur Umsetzung von Anwendungen auf Basis der digitalen GAIA-X-Infrastruktur bewerben.





ERSTE ADRESSE FÜR DEN „GAME CHANGER“ LEICHTBAU

*MIT DER LEICHTBAUSTRATEGIE WILL DAS BMWI
DEN TECHNOLOGIETRANSFER IN DEUTSCHLAND
BESCHLEUNIGEN*



Leichtbau ist ein Zukunftsthema mit viel Potenzial: Als „Game-Changer-Technologie“ treibt er branchenübergreifend Innovationen voran. Leichtbau ist eine Konstruktionsphilosophie, die darauf abzielt, das Gewicht von Bauteilen zu reduzieren und gleichzeitig die Ressourceneffizienz zu verbessern. So können Materialien gespart und Treibhausgasemissionen gesenkt werden – nicht nur bei der Produktion, sondern auch im späteren Einsatz der Leichtbauelemente. Damit leistet der Leichtbau einen wichtigen Beitrag, um die Klima- und Nachhaltigkeitsziele zu erreichen. Insbesondere für den erfolgreichen Umbau des Mobilitätssektors und den Ausbau der erneuerbaren Energien sind Leichtbautechnologien entscheidend.

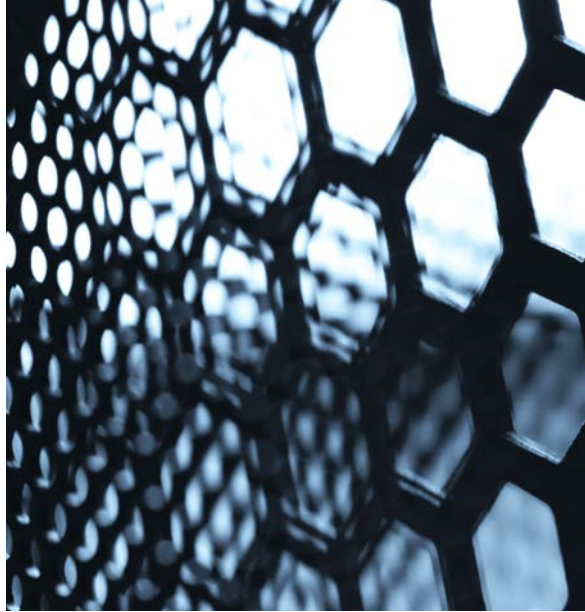
Deutschland soll zum Leitanbieter und Leitmarkt im Leichtbau werden. Dafür soll die neue Leichtbaustrategie des BMWi die notwendigen Rahmenbedingungen schaffen. Insbesondere kleine und mittlere Unternehmen (KMU) sollen von der industriellen Anwendung neuer digitaler Werkzeuge, Materialien und Fertigungsverfahren profitieren. Dafür will das BMWi den Technologietransfer beschleunigen und die Leichtbaukompetenzen in der Industrie stärken.

Der Strategie liegt ein umfangreicher Konsultationsprozess zugrunde. In dessen Rahmen haben rund 350 Expertinnen und Experten aus Wirtschaft und Wissenschaft ein Eckpunktepapier erarbeitet, das die Leichtbaustrategie maßgeblich geprägt hat.

TECHNOLOGIETRANSFER-PROGRAMM LEICHTBAU IST WICHTIGER TEIL DER LEICHTBAUSTRATEGIE

Das Technologietransfer-Programm Leichtbau (TTP LB) ist ein zentrales Instrument der Leichtbaustrategie, das etwa Unternehmen, Hochschulen und Forschungseinrichtungen mit Zuschüssen fördert. Das Programm ist zunächst auf zehn Jahre angelegt. Aktualisierungen über die Laufzeit sind möglich, so dass neu entstehende Bedarfe aufgenommen werden können. So sollen die Förderbedingungen für KMU und Start-ups in Zukunft noch weiter verbessert werden. Zudem soll die Abstimmung zwischen unterschiedlichen Förderprogrammen des BMWi mit Leichtbaubezug verbessert werden, um insbesondere aufeinander aufbauende Projekte über mehrere Technology Readiness Level (TRL) hinweg gezielt zu fördern.

Das BMWi will die Ergebnisse der im TTP LB geförderten Vorhaben der breiten Fachwelt und der Öffentlichkeit zugänglich machen. Hierfür sind unter anderem Veranstaltungen mit hoher branchenweiter Sichtbarkeit geplant, so etwa der Lightweighting Summit auf der Hannover Messe. —>



NEUE LÖSUNGEN IN DER INDUSTRIELLEN FERTIGUNG



LEICHTBAUSTRUKTUREN UMWELTNEUTRAL HERSTELLEN

Außerdem prüft das BMWi, welche Anpassungen am TTP LB vorgenommen werden können, um den nachhaltigen Leichtbau noch stärker zu fördern. So sollen zum Beispiel Demonstrationszentren für die Kreislaufwirtschaft dazu beitragen, dass sich Leichtbautechnologien schneller am Markt etablieren.

Auch die Digitalisierung im Leichtbau will das BMWi durch das TTP LB vorantreiben. Wirtschaft und Wissenschaft sollen branchenübergreifend datenbasierte Methoden für die gesamte Prozesskette entwickeln und neue Fertigungsverfahren, wie die additive Fertigung (3D-Druck), einsetzen.

Im Vorhaben „METEOR“ will ein breites Konsortium aus Wissenschaft und Industrie zeigen, wie die CO₂-Emissionen bei der Produktion von hybriden Leichtbaustrukturen aus Kunststoff und Metall bis 2030 um 80 % gesenkt werden können. Hierfür wird das Projektteam unter Koordination der TU Dresden ein nationales Leichtbau-Validierungszentrum in der sächsischen Landeshauptstadt errichten. In diesem bislang einmaligen Produktionsnetzwerk wollen die Partner demonstrieren, wie Leichtbaustrukturen weitgehend umweltneutral hergestellt werden können.

Damit diese Lösungen ökonomisch und ökologisch tragfähig sind, entwickelt das Projektteam die gesamte Prozesskette des Hybrid-Leichtbaus weiter. Ziel ist es, Werkstoffkreisläufe aufzubauen, die Ressourceneffizienz durchgehend zu bilanzieren und konsequent erneuerbare Energien einzusetzen. Das Leichtbau-Validierungszentrum soll zu einem Inkubator werden, der den Wissenstransfer in die Realwirtschaft weltweit erheblich vereinfacht und beschleunigt. Das im TTP LB geförderte METEOR-Vorhaben ist hierbei der erste Schritt.

HOHE INDUSTRIEBETEILIGUNG

Das TTP LB unterstützt Wirtschaft und Wissenschaft beim Umsetzen neuer, vielversprechender Leichtbaukonzepte und Konstruktionsprinzipien in serientaugliche und damit marktfähige Fertigungsverfahren. Dies gelingt jedoch nur, wenn die Industrie frühzeitig beteiligt ist. Genau das stellt das Förderprogramm sicher. So hat das BMWi im vergangenen Jahr 61 Projektvorschläge ausgewählt und zur Antragstellung aufgefordert. Von den insgesamt 322 Projektbeteiligten stammen 223 aus der Industrie – davon 101 Großunternehmen und 122 KMU. Der Industrieanteil liegt damit bei knapp 70 %. Die Unternehmen bringen erhebliche Eigenmittel ein, um den Leichtbau weiter voranzubringen.

An einem Projektvorschlag beteiligt sich häufig ein breites Konsortium. Der Leichtbaubereich ist ausgesprochen interdisziplinär aufgestellt: Innovationen sind meist nicht im Alleingang möglich, sondern nur mit verschiedenen Partnern, die unterschiedliche Kompetenzen einbringen. Dies zeigt

IN KÜRZE

Das gesamte
Programm bindet
die Industrie
frühzeitig mit
ein.

zum Beispiel das Projekt „I-Detekt“, das von der Porsche AG koordiniert wird: Mit ihm wollen die Projektpartner ein intelligentes Batterieschutzsystem für Elektrofahrzeuge entwickeln, das Beschädigungen an der Batterieschutzstruktur, aber auch an der Batterie selbst, automatisch erkennt.

Hintergrund: Die Batterieschutzstruktur eines Elektrofahrzeugs befindet sich unterhalb der Antriebsbatterie und schützt diese vor mechanischen Belastungen wie etwa von der Fahrbahn hochgeschleuderten Steinen. Sie besteht bislang meist aus dickwandigem Aluminium, Stahl oder Titan und ist somit schwer und teuer. Außerdem gibt es momentan noch keine Möglichkeit, nach einer mechanischen Belastung das Schadensausmaß automatisiert und ohne Ausbau von Komponenten festzustellen, so dass ein Werkstattaufenthalt und möglicherweise ein Tausch der gesamten Struktur bereits bei bloßem Verdacht notwendig werden kann.

RESSOURCENSCHONEND: LEICHTER BATTERIE- SCHUTZ FÜR E-AUTOS

Hier setzt „I-Detekt“ an: Das Projektteam will eine Batterieschutzstruktur aus einem glasfaserverstärkten Kunststoff mit integrierten Sensoren entwickeln. So können dank des geringeren Bauteilgewichts sowohl bei der Produktion als auch während des gesamten Nutzungszyklus Ressourcen eingespart werden. Außerdem würden der Batterieschutz und die Batterie selbst nur dann ausgetauscht werden, wenn tatsächlich ein Defekt vorliegt.

NEUE CARBONSTRUKTUREN FÜR DEN BETONBAU

Das TTP LB adressiert alle für den Leichtbau wichtigen Branchen und Materialien. Der Leichtbau ist aufgrund der Gewichtseinsparungen in der Nutzung insbesondere für die Auto- oder Luftfahrtindustrie ein wichtiger Innovationstreiber, aber auch die Bauindustrie zeigt großes Interesse. In dem Vorhaben „CC-Mesh“ etwa sollen innovative, großformatige Carbonbewehrungen für den Betonbau entwickelt und für die industrielle Anwendung optimiert werden.

86%

weniger Treibhausgas-Emissionen
ermöglicht Carbon gegenüber der
konventionellen Stahlbetonbauweise.

Beton ist derzeit der weltweit meistverwendete Baustoff. Doch bei der Zementherstellung entstehen hohe Treibhausgasemissionen (THG-Emissionen). Die traditionelle Stahlbewehrung von Betonelementen muss wegen seiner Korrosionsanfälligkeit von Beton mit einer ausreichenden Dicke umhüllt werden. Carbonfasern sind sechsmal effizienter als Stahl und nicht korrosionsanfällig. Somit kann ihr Einsatz die erforderliche Menge an Bewehrung und notwendiger Betonüberdeckung deutlich verringern.

Ziel ist es darüber hinaus, nicht mehr einzelne Bewehrungen für die unterschiedlichen Lasten, die auf ein Bauwerk einwirken, zu verbauen, sondern eine optimierte und in sich geschlossene Struktur. Diese kann sich besser an den Kraftfluss anpassen und ist damit hochgradig effizient und ressourcensparend.

Die Projektpartner rechnen für den Bereich des Hochbaus mit einem Einsparpotenzial bei den Treibhausgasemissionen von 86% im Vergleich zur konventionellen Stahlbetonbauweise. Dieses innovative Konzept will das Konsortium industriell umsetzen, sodass sich die Bauweise als ressourcensparende Alternative zum klassischen Betonbau etabliert. —

IN KÜRZE

Carbonfasern
sind sechsmal
effizienter als
Stahl.

MEHR ZUM THEMA

www.bmwi.de/leichtbaustrategie
www.bmwi.de/technologietransfer-programm
www.leichtbauatlas.de

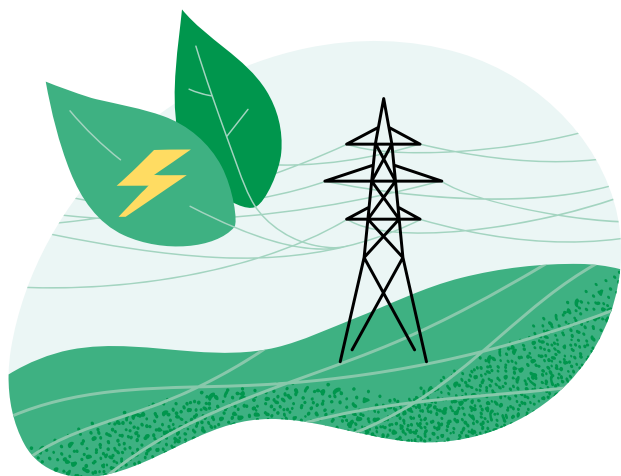
KONTAKT

WERNER LOSCHIEDER

Referat: Bauwirtschaft, Leichtbau/Neue Werkstoffe,
Ressourceneffizienz

schlaglichter@bmwi.bund.de

KURZ & KNAPP



DEUTSCHE NACHHALTIGKEITS-STRATEGIE

WEITERENTWICKLUNG 2021 IM KABINETT BESCHLOSSEN

Mit der Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie setzt die Bundesregierung die Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung der Vereinten Nationen um. Die Strategie stellt Rahmenbedingungen nachhaltiger Entwicklung sowie die Nachhaltigkeitsgovernance einschließlich Monitoring dar. Kernstück der Strategie sind die 17 sozialen, ökologischen und ökonomischen Nachhaltigkeitsziele (Sustainable Development Goals/SDGs).

Die Strategie wurde 2017 als Neuaufgabe beschlossen und 2018 aktualisiert. Seitdem haben sich Rahmenbedingungen weiter geändert; der Handlungsdruck ist gestiegen. Deshalb wurde die Strategie unter Beteiligung der Öffentlichkeit in einem zweistufigen Dialogprozess fortentwickelt und ihre Neufassung am 10. März 2021 im Kabinett beschlossen.

Die Weiterentwicklung 2021 berücksichtigt die zwischenzeitlichen Entwicklungen in den verschiedenen Politikfeldern, aber auch die Auswirkungen der Corona-Pandemie. Enthalten sind zudem erstmals sechs Transformationsbereiche, darunter „Energiewende und Klimaschutz“ und

„Kreislaufwirtschaft“, denen die Nachhaltigkeitsziele zugeordnet werden. Mit Hilfe von fünf „Hebeln“, darunter „Forschung, Innovation und Digitalisierung“ und „Finanzen“, wird die Transformation vorangebracht.

Mit der Weiterentwicklung wird auch die ökonomische Perspektive der Nachhaltigkeit gestärkt und ein Fokus auf die Vereinbarkeit von Wirtschaftswachstum und Klimaschutz gelegt. So betont SDG 8 einerseits die Notwendigkeit wirtschaftlichen Wachstums, macht andererseits aber auch deutlich, dass der Fokus nicht auf quantitativem, sondern auf qualitativem Wachstum liegen muss. Planetare Grenzen und soziale Belange müssen gleichermaßen berücksichtigt werden. Im Ergebnis geht es darum, Wirtschaftswachstum von Ressourceneinsatz und schädlichen Emissionen zu entkoppeln und so eine ressourcenschonende und klimaneutrale Volkswirtschaft zu schaffen.

Mit der Energiewende beschreitet Deutschland den Weg in eine nachhaltige Energieversorgung und trägt so auch dazu bei, SDG 7 (bezahlbare, verlässliche, nachhaltige Energie) und SDG 13 (Klimaschutz) zu erreichen.

Wesentliche Maßnahmen für die Transformation der Energiewirtschaft sind das Kohleausstiegsgesetz und das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG 2021). Mit dem 2021 gestarteten nationalen Brennstoffemissionshandel wird darüber hinaus die Dekarbonisierung in den Sektoren Wärme und Verkehr vorangetrieben. Diese und zahlreiche weitere Maßnahmen sind ebenfalls Teil der weiterentwickelten Strategie. —

MEHR ZUM THEMA

[www.tlp.de/
DeutscheNachhaltigkeitsstrategie](http://www.tlp.de/DeutscheNachhaltigkeitsstrategie)

STEFAN LIEBENBERG
Referat: Nachhaltige Wirtschaft und
fairer Wettbewerb, Verbraucherpolitik

schlaglichter@bmwi.bund.de





LEHREN AUS DER CORONA-KRISE

WISSENSCHAFTLICHER BEIRAT LEGT EMPFEHLUNGEN ZUR DIGITALISIERUNG IN DEUTSCHLAND VOR

Der Wissenschaftliche Beirat beim BMWi hat ein Gutachten vorgelegt, in dem er den Stand der Digitalisierung in Deutschland im Lichte der Corona-Krise einordnet. Deutschland ist demnach sowohl beim Ausbau der digitalen Infrastruktur als auch beim Einsatz digitaler Technologien und Dienstleistungen im internationalen Vergleich zurückgefallen. Die Corona-Krise hat jedoch zu einem erheblichen Digitalisierungsschub geführt. Der Beirat plädiert dafür, die erzielten Fortschritte nach der Pandemie zu erhalten und die digitale Transformation weiter voranzutreiben.

- Der Beirat empfiehlt, staatliche Unterstützung verstärkt auf Fälle von Organisationsversagen zu beziehen. Im Bildungsbereich etwa könnten Zuständigkeiten in einem Staatsvertrag festgelegt und rechtliche Standards für datenschutzkonforme digitale Kommunikationsplattformen geschaffen werden.

- In Abläufe der öffentlichen Verwaltung sind nach Meinung der Experten neuartige Managementansätze schneller zu integrieren, um flexibler reagieren und innovative Technologien und Prozesse früher als bisher einsetzen zu können.

- Stärker als bisher sind den Experten zufolge Reallabore einzusetzen, in denen Unternehmen in alternativen Regulierungssystemen operieren können und Daten zur Verfügung stellen, die zur Weiterentwicklung des Rechtsrahmens beitragen.

- Das Datenschutzrecht auf deutscher und europäischer Ebene ist nach Auffassung des Beirats effektiver auszugestalten und etwa mit Blick auf die Pandemiebekämpfung in Abwägungsprozesse mit anderen Rechtsgütern zu integrieren.

- Der Beirat empfiehlt, den Ausbau der digitalen Kommunikationsinfrastruktur in Deutschland weiter voranzutreiben, etwa durch Gigabit-Gutscheine für Breitbandanschlüsse für KMU und Haushalte mit schulpflichtigen Kindern. Die digitale Transformation im Mittelstand solle auch mit weiteren Fördermaßnahmen beschleunigt werden, etwa mit Blick auf „Digital-Voucher“ für Beratungsleistungen und im Bereich der Weiterbildung.
- Skeptisch steht der Beirat Überlegungen gegenüber, der Gesetzgeber solle das Homeoffice inhaltlich detailliert ausgestalten oder einen Rechtsanspruch auf Homeoffice schaffen. Ein Anhörungsrecht kann in den Augen der Experten jedoch dazu beitragen, eingefahrene Routinen und Arbeitsabläufe zu überdenken.

Mit dem Konjunktur- und Zukunftspaket vom Sommer letzten Jahres hat die Bundesregierung im Umfang von 16 Milliarden Euro einen besonderen Schwerpunkt auf die Digitalisierung gelegt. Davon stehen zur Digitalisierung von Verwaltungsleistungen drei Milliarden Euro zur Verfügung. —

MEHR ZUM THEMA

Der Wissenschaftliche Beirat berät das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie unabhängig in Fragen der Wirtschaftspolitik und bestimmt den Gegenstand seiner Beratungen selbst. Das Gutachten des Beirats ist hier abrufbar: www.bmw.de/gutachten-digitalisierung-in-deutschland

DR. KENAN ŠEHOVIĆ
Referat: Grundsatzfragen der Wirtschaftspolitik

schlaglichter@bmwi.bund.de

Kurz vor Jahresende 2020 konnte unter deutscher EU-Ratspräsidentschaft eine politische Einigung mit dem Europäischen Parlament über eine Verordnung für ein neues Binnenmarktprogramm erzielt werden. Das sind gute Nachrichten, weil mit dem Förderprogramm und seinen verschiedenen Programmlinien bewährte Projekte wie das Enterprise Europe Network weiterhin gefördert und Binnenmarktinstrumente wie SOLVIT mit einer neuen Förderlinie unterstützt werden können.

Das Binnenmarktprogramm dient der Weiterentwicklung des EU-Binnenmarktes, des größten gemeinsamen Wirtschaftsraums der Welt. Für die Jahre 2021–2027 stellt der EU-Haushalt insgesamt ca. 4,2 Milliarden Euro für das Binnenmarktprogramm bereit. Ein scheinbar „kleiner“ Betrag mit großer Wirkung!

EIN SCHEINBAR „KLEINER“ BETRAG MIT GROSSER WIRKUNG!

IN KÜRZE

Besondere Unterstützung – gerade in der Corona-Krise – benötigen Start-ups und Mittelstand

Der Fokus der neuen Verordnung zum Binnenmarktprogramm liegt auf der Verbesserung der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen und auf der Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit von Unternehmen, insbesondere der kleinen und mittleren Unternehmen (KMU). Rund 25 Millionen KMU, von innovativen Start-ups über Handwerksbetriebe bis zu traditionsreichen Familienunternehmen, prägen die europäische Wirtschaft. Viele von ihnen sind besonders stark von der Corona-Pandemie betroffen. Die Einigung über die neue Verordnung kommt zur rechten Zeit, um diese Unternehmen auch weiterhin zu unterstützen. Die Bandbreite möglicher Maßnahmen im Binnenmarktprogramm ist denkbar weit

und reicht vom Abbau von Hindernissen für den Warenverkehr über die Förderung von Clusterstrukturen bis hin zur besseren Durchsetzung von Verbraucherrechten.

Dem ambitionierten Programm liegt ein umfassendes Verständnis des Binnenmarktbegriffs zugrunde. Vorgängerprogramme zu KMU-Förderung, Verbraucherschutz, europäischen Statistiken – auch zur Entwicklung qualitativ hochwertiger Daten zur Wirtschaftsförderung –, Rechnungslegung und Abschlussprüfung, sowie zu den Bereichen Gesundheitsschutz in der Lebensmittelkette und zur Bekämpfung von Tierseuchen und Pflanzenschädlingen werden mit dem Binnenmarktprogramm unter einem Dach zusammengeführt und angepasst. Die Regelungen zu Implementierung und Evaluierung der bisherigen Einzelprogramme werden vereinheitlicht, um die Förderung effizienter zu gestalten. Das bekannteste bisherige Vorgängerprogramm ist wohl das KMU-Förderprogramm COSME (=Competitiveness of Enterprises and Small and Medium-sized Enterprises), das z. B. Wagniskapital und Garantie-Instrumente bereitgestellt hat. Ergänzend wird im neuen Binnenmarktprogramm beispielsweise die für die Industrie wichtige Entwicklung technischer Normen und Standards gefördert. Neu ist auch die Programmlinie für einen „effektiven Binnenmarkt“, womit insbesondere der Bedeutung eines vertieften Binnenmarktes durch eine bessere Verknüpfung bestehender Instrumente Rechnung getragen wird.

PROGRAMMLINIE FÜR EINEN „EFFEKTIVEN BINNENMARKT“

Ziel der neuen Förderlinie für einen effektiven Binnenmarkt mit einer Mittelausstattung von 550 Millionen Euro ist es, die Grundstrukturen des Binnenmarkts zu stärken. Verbesserungen sollen etwa durch die Vermeidung und Beseitigung unverhältnismäßiger Hindernisse, die bessere Durchsetzung geltenden Rechts und die Beschleunigung der – digitalen – Vernetzung von Behörden erzielt werden.

Die Verordnung nennt einige konkrete Projekte, die den Anwendungsbereich der Förderlinie illustrieren. Dazu zählt der Problemlösungsmechanismus SOLVIT. In dem informellen Netzwerk arbeiten die SOLVIT-Stellen aller Mitgliedstaaten zusammen, um Unternehmen und Bürger:innen bei grenzüberschreitenden Problemen zu unterstützen, die durch eine fehlerhafte Anwendung von —→

RUND

25 **MILLIONEN**

KMU, von innovativen Start-ups über Handwerksbetriebe bis zu traditionsreichen Familienunternehmen, prägen die europäische Wirtschaft.

WORTMELDUNG

DAS FUNDAMENT
WEITER STÄRKEN

**EU-BINNENMARKT: GEMEINSAM HANDELN, UM
AUCH FÜR KÜNFTIGE KRISEN GERÜSTET ZU SEIN**

Der europäische Binnenmarkt ist der größte gemeinsame Wirtschaftsraum der Welt. Etwa 60 % des gesamten Handels der EU-Mitgliedstaaten entfallen allein auf ihn. Für die exportorientierte deutsche Wirtschaft ist er besonders wichtig, finden doch mehr als zwei Drittel der Warenexporte Abnehmer in der EU.

Deshalb ist es wichtig, den Binnenmarkt stetig weiterzuentwickeln. So etwa bei der gegenseitigen Anerkennung von bestimmten Produkten im Warenverkehr, für die z. B. aus Gründen des Gesundheitsschutzes keine einheitlichen EU-Standards gelten. Ein Beispiel ist die Lebensmittelindustrie mit Regelungen zu Höchstmengen in Nahrungsmittelergänzungsmitteln. Die seit April 2020 geltende Verordnung über die gegenseitige Anerkennung hat das Ziel, im Bereich der sog. nicht harmonisierten Produkte den Warenverkehr zu vereinfachen.

Um die Potenziale des Binnenmarkts noch besser zu nutzen, hat die EU-Kommission auf Bitten des Europäischen Rates zudem Hindernisse identifiziert und konkrete Aktionen zur besseren Umsetzung und Durchsetzung der Binnenmarktvorschriften vorgeschlagen. In diesem Rahmen wurde eine „Single Market Enforcement Task Force“ eingerichtet, in der die EU-Mitgliedstaaten und die Kommission vertreten sind. Für Deutschland habe ich die Vertretung in dieser Gruppe gerne übernommen. Sie wird die Übereinstimmung nationalen Rechts mit Binnenmarktrecht überprüfen, Hindernisse priorisieren und Durchsetzungsfragen diskutieren. Auch staatliche Krisenreaktionen auf die Wirtschaft wollen wir mit Blick auf die Auswirkungen gemeinsam noch besser koordinieren.

Vor diesem Hintergrund ist es zu begrüßen, dass in der neuen Verordnung zum Binnenmarktprogramm Maßnahmen zur Verbesserung der strukturellen Rahmenbedingungen für einen effizienten Binnenmarkt auch durch finanzielle Maßnahmen unterstützt werden.



DR. KIRSTEN SCHOLL

Abteilungsleiterin Europapolitik im
Bundesministerium für Wirtschaft
und Energie

Binnenmarktrecht, etwa bei der Anerkennung von Berufsqualifikationen, durch nationale Behörden entstehen.

Die Bedeutung einer digitalen Verwaltung und digitaler Informationsangebote für den grenzüberschreitenden Handel werden in der Verordnung ausdrücklich erwähnt. Wichtige Elemente im Binnenmarktprogramm sind daher der weitere Ausbau von Informationsportalen wie „Your Europe“, das als Basis eines einheitlichen digitalen Zugangstors für Bürger:innen und Unternehmen dienen soll, sowie der Ausbau von Datenbanken zu Binnenmarktvorschriften. Um Unternehmen zu helfen, ihre Waren europaweit zu verkaufen, sollen aus dem Programm die nationalen Produktinfostellen unterstützt werden können. Deren Aufgabe besteht u. a. darin, Unternehmen über die mitunter sehr komplizierten jeweiligen nationalen Produkthanforderungen der Mitgliedstaaten zu informieren.

EIN WICHTIGES ELEMENT IM BINNENMARKTPRO- GRAMM: DER AUSBAU VON INFORMATIONSPORTALEN

Ein eigener Abschnitt des Binnenmarktprogramms ist der Vernetzung der Arbeit der Marktüberwachungsbehörden gewidmet. Die Bedeutung einer funktionierenden unionsweiten Marktüberwachung hat sich zuletzt beispielsweise bei der Sicherung von Qualitätsstandards von Schutzmasken als wichtig herausgestellt.

VERNETZUNG UND KOOPERATIONEN FÜR MEHR WETTBEWERBSFÄHIGKEIT

Während die bisherigen Finanzierungsinstrumente des Vorgängerprogramms COSME im KMU-Fenster des neuen Fonds „InvestEU“ fortgeführt werden, konzentriert sich das Binnenmarktprogramm auf Instrumente zur Vernetzung von Unternehmen. Im Fokus steht die Stärkung von Kooperationsstrukturen bei der Internationalisierung und Erschließung neuer Märkte und Geschäftsfelder. Auch die Stärkung von Innovationen und die Entwicklung unternehmerischer Kompetenzen sind für KMU essenziell um den grünen und digitalen Wandel erfolgreich zu meistern. Hierfür werden Mittel im Umfang von insgesamt einer Milliarde Euro bereitgestellt. Konkret gefördert werden die Kosten für Kooperationsstrukturen und die Teilnahme von Unternehmen an Projekten (indirekte Unternehmensförderung).



Zu den geförderten Projekten zählt zum Beispiel Erasmus for Entrepreneurs, das Gründer:innen und Jungunternehmer:innen mit erfahrenen Unternehmer:innen zusammenbringt. So konnte zum Beispiel eine junge Ingenieurin aus Slowenien durch eine mehrmonatige Kooperation mit einem erfolgreichen deutschen Unternehmer im Bereich der Robotik nicht nur ihr Fachwissen erweitern, sondern auch wichtige Kenntnisse für den erfolgreichen Aufbau ihres eigenen Unternehmens gewinnen.

Auch die Vernetzung durch die Bildung von Clustern wird im neuen Binnenmarktprogramm besonders herausgestellt. Cluster schaffen ein günstiges und widerstandsfähiges Umfeld und können den Unternehmen dadurch direkte Unterstützung bieten, um wettbewerbsfähig zu bleiben und sich zukunftsfähig aufzustellen. Sie fördern die Vernetzung zwischen Wirtschaft und Wissenschaft und tragen so zur Stärkung der europäischen Regionen bei. In Clustern verbundene Unternehmen weisen eine deutlich höhere Produktivität auf. Derzeit gibt es in der EU insgesamt annähernd 3.000 regionale, hoch spezialisierte industrielle Cluster mit über 50 Millionen Arbeitsplätzen.

ÜBER

3.000

lokale Experten aus wirtschaftsnahen Organisationen befinden sich im Enterprise Europe Network (EEN).

Akzentuiert wird im Binnenmarktprogramm auch die Rolle des Enterprise Europe Network (EEN). Das Netzwerk aus wirtschaftsnahen Organisationen mit über 3.000 lokalen Experten unterstützt KMU in allen Mitgliedstaaten bei der Akquise von Finanzmitteln etwa aus EU-Förderprogrammen wie „Horizont Europa“, beim Zugang zu Fachwissen und bei der Suche nach Kooperations- und Geschäftskontakten, indem es potenzielle Partner zusammenbringt. Das EEN hat beispielsweise Unternehmen erfolgreich bei der Entwicklung einer Software unterstützt, die es Rettungsdiensten in medizinischen Notfällen erlaubt, verunglückte Personen besser über deren Mobiltelefone zu lokalisieren und mit ihnen über Videochat und in verschiedenen Sprachen zu kommunizieren. Unterstützen konnte das EEN auch bei der Entwicklung eines innovativen Naherholungskonzepts (Radreisen). Damit wurde der von der Corona-Pandemie besonders betroffenen Tourismusbranche geholfen und gleichzeitig ein Beitrag zur Regionalförderung geleistet.

In den kommenden Monaten wird die Europäische Kommission gemeinsam mit den Mitgliedstaaten in Förderausschüssen die ersten Arbeitsprogramme zum Binnenmarktprogramm aufstellen und dabei Fördermaßnahmen und Antragsverfahren konkretisieren. —

KONTAKT

NIELS WICHETTE

Referat: EU-Binnenmarkt, Solvit-Stelle

schlaglichter@bmwi.bund.de



Sonderausgabe
Energieforschung

Warum wir Energieforschung brauchen

Welten entfernt wird die Energie der Zukunft von der gestrigen sein: Wie Technologien und Lösungen aus der Energieforschung eine verlässliche, klimaverträgliche und bezahlbare Energieversorgung schaffen.

Weitere Informationen unter
www.bmwi-energiewende.de



Bundesministerium
für Wirtschaft
und Energie

ENERGIEFORSCHUNG – SPANNEND, KOMPAKT, ANSCHAULICH

NEWSLETTER „ENERGIEWENDE DIREKT“
PRODUZIERT SONDEREDITION

Energiesparende Kühlakkus für Corona-Impfstoffe oder leistungsstarke Photovoltaikanlagen auf Hausdächern: Die Energieforschung trägt entscheidend dazu bei, dass Energie effizient eingesetzt und klimaverträglich erzeugt wird. Für verlässliche Rahmenbedingungen, damit die Energiewende gelingt, sorgt federführend das BMWi. Es legt in engem Austausch mit Wissenschaft, Wirtschaft und Gesellschaft die nächsten Etappen auf dem Weg zur Klimaneutralität in mehrjährigen Energieforschungsprogrammen fest und fördert entsprechende Forschungsaktivitäten. Diese wichtige Aufgabe beleuchtet das BMWi kompakt in einer Extraausgabe des Newsletters „Energiewende direkt“. Ende April 2021 erscheint eine Sonderedition, die ausschließlich spannende Beispiele aus der Energieforschung zeigt.

Über 4.600 Forschungsprojekte und -verbünde sind allein im vergangenen Jahr vom BMWi gefördert worden. Die Sonderedition kann daher nur einen kleinen Einblick in ein großes Forschungsfeld geben. Denn Fragen zu leistungstärkeren Windenergieanlagen auf See oder der Ausbau des Stromnetzes werden in der Forschung ebenso verfolgt wie effizientere Wärmepumpen für Ein- und Mehrfamilienhäuser.

Die Digitalisierung ist auch in der Energieforschung das Schlüsselwort – wie in so vielen anderen gesellschaftlichen Bereichen. Im Projekt flexQgrid forscht beispielsweise ein Wissenschaftsteam in der baden-württembergischen Gemeinde Freiamt an einer flexiblen und intelligenten Netzinfrastuktur. Diese soll Engpässe im Stromnetz beheben oder – noch besser – vorausschauend vermeiden, wenn etwa der Wind ordentlich bläst und viele Windenergieanlagen gleichzeitig Strom produzieren.

Forschung findet eben nicht nur in Laboren und Werkshallen statt. Sie muss sich auch in Feldtests beweisen, bevor sie im Lebensalltag der Menschen ankommt. Mit den Reallaboren der Energiewende hat das BMWi ein Förderinstrument entwickelt, das groß angelegte Forschungsk Kooperationen ermöglicht. So können neue Technologien und Geschäftsmodelle im industriellen Maßstab erprobt werden. In der Sonderedition werden gleich zwei Reallabore vorgestellt: IW3 in Hamburg und Westküste 100 in Niedersachsen.

MEHR ZUM THEMA

Eine Anmeldung zum Newsletter „Energiewende“ direkt des BMWi ist hier möglich: bmwi.de/newsletter-energiewende

BEST OF SOCIAL MEDIA

AUF FACEBOOK



#STARKEFRAUENSTARKEWIRTSCHAFT

Belebend für die Wirtschaft: Mehr Frauen als Gründerinnen und Geschäftsführerinnen.

AUF TWITTER



#CORONAHILFEN

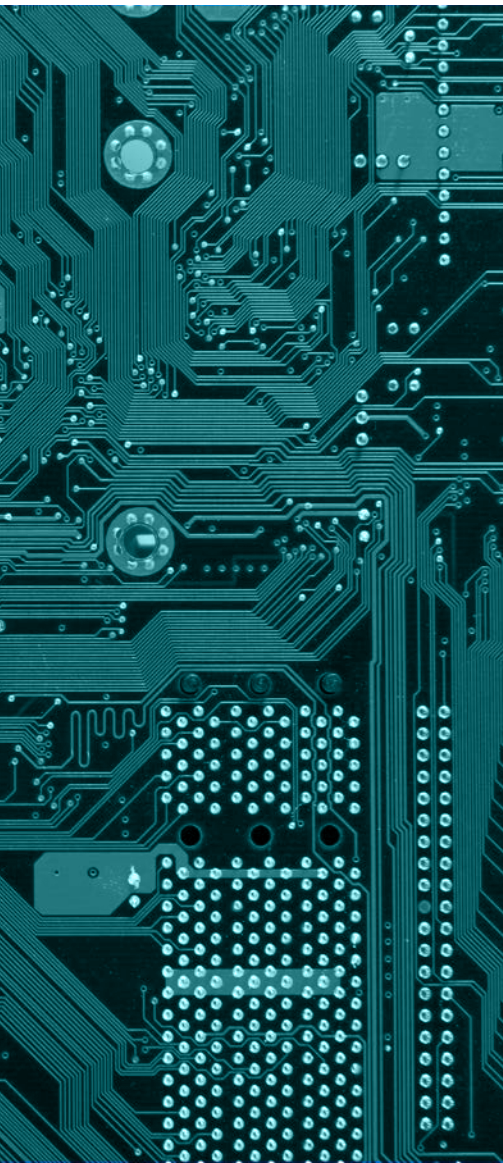
Gaststätten leiden besonders unter der Corona-Krise und benötigen Unterstützung - auch die, die einem Unternehmen angeschlossen sind.

AUF LINKEDIN



#BATTERIEZELLFORSCHUNG

Das BMWi fördert innovative und zukunftsfähige Batterie-Projekte im Rahmen der europäischen Zusammenarbeit.



NATIONALES REFORM- PROGRAMM 2021

*DEUTSCHLAND INVESTIERT IN DIE ZUKUNFT UND
VERBESSERT DIE BEDINGUNGEN FÜR NACHHALTIGES
WACHSTUM UND BESCHÄFTIGUNG*

Das Bundeskabinett hat am 24. März 2021 das Nationale Reformprogramm (NRP) 2021 beschlossen. Es verdeutlicht die Reformanstrengungen und die umfangreichen Maßnahmen von Bund und Ländern zur Bewältigung der aktuellen gesamtwirtschaftlichen Herausforderungen. Das Programm ist ein wesentlicher Baustein des sogenannten Europäischen Semesters. Die Bundesregierung nimmt mit dem NRP jedes Jahr Stellung zu den länderspezifischen Empfehlungen, die der Rat der Europäischen Union auf der Grundlage von Empfehlungen der Europäischen Kommission erlassen hat.

DIE CORONA-PANDEMIE ÜBERWINDEN

Das NRP 2021 zeigt vor allem die umfassenden Rettungspakete und Unterstützungsmaßnahmen der Bundesregierung während der Corona-Pandemie auf. Die aktuelle Krise bringt nicht nur gesundheitliche, sondern auch gesellschaftliche sowie wirtschafts- und sozialpolitische Herausforderungen mit sich. Daher umfasst auch die deutsche Politik zur Überwindung der Pandemie zahlreiche ineinandergreifende Aspekte.

GESUNDHEIT SCHÜTZEN UND DIE WIRTSCHAFTLICHE SUBSTANZ ERHALTEN

Eine erhebliche Ausweitung der Ausgaben im Gesundheitsbereich wird kombiniert mit konjunkturellen Impulsen. Dazu gehören etwa verbesserte steuerliche Abschreibungsmöglichkeiten und erhöhte öffentliche Investitionen. Zahlreiche Hilfsprogramme zur Abfederung der wirtschaftlichen Nachteile der Pandemie sowie die ausgeweitete Möglichkeit der Kurzarbeit unterstützen die Unternehmen dabei, ihre Fachkräfte über die Krise zu halten. Neuregelungen bei der Finanzierung von Krankenhäusern und Pflegeleistungen sorgen dafür, dass das Gesundheitssystem auch unter den aktuell erschwerten Bedingungen funktioniert. Gleichzeitig engagiert sich die Bundesregierung für die Entwicklung von Impfstoffen zur Eindämmung der Pandemie. Ziel all dieser Maßnahmen ist es, die Gesundheit der Bürgerinnen und Bürger zu schützen und zugleich die Substanz der deutschen Wirtschaft in größtmöglichem Umfang zu erhalten.

UM GUT
17 MRD. EURO

werden Einkommensteuerzahlerinnen und -zahler 2021 u. a. durch die teilweise Abschaffung des Solidaritätszuschlags entlastet.

ZUKUNFTSINVESTITIONEN STÄRKEN, INSBESONDERE IN DEN BEREICHEN KLIMASCHUTZ UND DIGITALISIERUNG

Ein weiterer Fokus des NRP 2021 liegt auf der Investitionspolitik. Es wird dargelegt, wie die Bundesregierung die vielfältigen Transformationsprozesse auf dem Weg in eine klimaneutrale, digitale Wirtschaft unterstützt. Die Bundesregierung geht hier beispielsweise durch die Einführung einer CO₂-Bepreisung auch für die Sektoren Verkehr und Wärme voran. Zum 1. Januar 2021 hat Deutschland einen Brennstoffemissionshandel für alle fossilen Heiz- und Brennstoffe eingeführt, die noch nicht dem EU-Emissionshandelssystem unterlagen. Damit gibt es nun für alle fossilen CO₂-Emissionen ein wirksames, auf der CO₂-Intensität der Heiz- und Kraftstoffe basierendes Preissignal, das einen marktlichen Anreiz für einen kosteneffizienten Umstieg von emissionsintensiven auf klimaschonendere Technologien setzt. Weiterhin gibt die Bundesregierung Impulse für künftiges Wachstum und Produktivität in Schlüsselbereichen und fördert private Investitionen in Zukunftstechnologien wie Wasserstoff, KI und klimaschonende Mobilität.

Eine hoher Digitalisierungsgrad ist ein Schlüssel für die erfolgreiche Bewältigung der aktuellen Herausforderungen. Die Bundesregierung strebt daher eine flächendeckende Versorgung mit gigabitfähigem Festnetz bis 2025 an. Darüber hinaus wurden Digitalisierungsprozesse in der öffentlichen Verwaltung angestoßen und kleine und mittlere Unternehmen werden bei der Digitalisierung besonders gefördert. Ordnungspolitisch ist das GWB-Digitalisierungsgesetz ein Meilenstein für fairen Wettbewerb in digitalen Märkten. —>

IN KÜRZE

Die CO₂-Bepreisung unterstützt den Umstieg von emissionsintensiven auf klimaschonendere Technologien.

STRUKTUREN FÜR WACHSTUM UND BESCHÄFTIGUNG SCHAFFEN

Die Bundesregierung unternimmt zugleich weitere Schritte zum Abbau steuerlicher und bürokratischer Belastungen und setzt nicht zuletzt Anreize zur Erhöhung der Erwerbsbeteiligung. Allein durch das Zweite Gesetz zur steuerlichen Entlastung von Familien sowie zur Anpassung weiterer steuerlicher Regelungen und durch die teilweise Abschaffung des Solidaritätszuschlags werden Einkommensteuerzahlerinnen und -zahler 2021 um gut 17 Milliarden Euro und 2022 um gut 22 Milliarden Euro entlastet. Dies sind die größten unbefristeten Steuerensenkungen der letzten Jahre. Auch beim Bürokratieabbau geht es voran: Eine hochrangige Expertengruppe zur Erarbeitung von Regelungsinhalten für ein Bürokratieentlastungsgesetz IV hat sich am 2. März 2021 auf ein Bürokratieabbaupaket verständigt. Die darin enthaltenen gesetzlichen und

untergesetzlichen Maßnahmen sollen noch in dieser Legislaturperiode umgesetzt werden. Die aktuelle Krise hat nicht zuletzt noch einmal verdeutlicht, wie systemrelevant eine zuverlässige Kinderbetreuung ist. Der Bund unterstützt daher Länder und Gemeinden bei der Finanzierung des Ausbaus der Kindertagesbetreuung. Außerdem plant die Bundesregierung, bis 2025 einen Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung für Kinder im Grundschulalter zu schaffen.

DAS NRP ALS ELEMENT DER WIRTSCHAFTSPOLITISCHEN KOORDINIERUNG IN DER EU

Der Europäische Rat hat die Einführung des Europäischen Semesters im Juni 2010 beschlossen und es erstmalig im Jahr 2011 durchgeführt. Das Semester führt die wirtschafts-, finanz- und beschäftigungspolitische Koordinierung in der Europäischen

IN KÜRZE

Familien: Mehr Unterstützung des Bundes für die Kinderbetreuung.

DAS NATIONALE REFORMPROGRAMM UND DIE LÄNDERSPEZIFISCHEN EMPFEHLUNGEN: DIE KOORDINIERUNG DER NATIONALEN WIRTSCHAFTSPOLITIKEN IM EUROPÄISCHEN SEMESTER



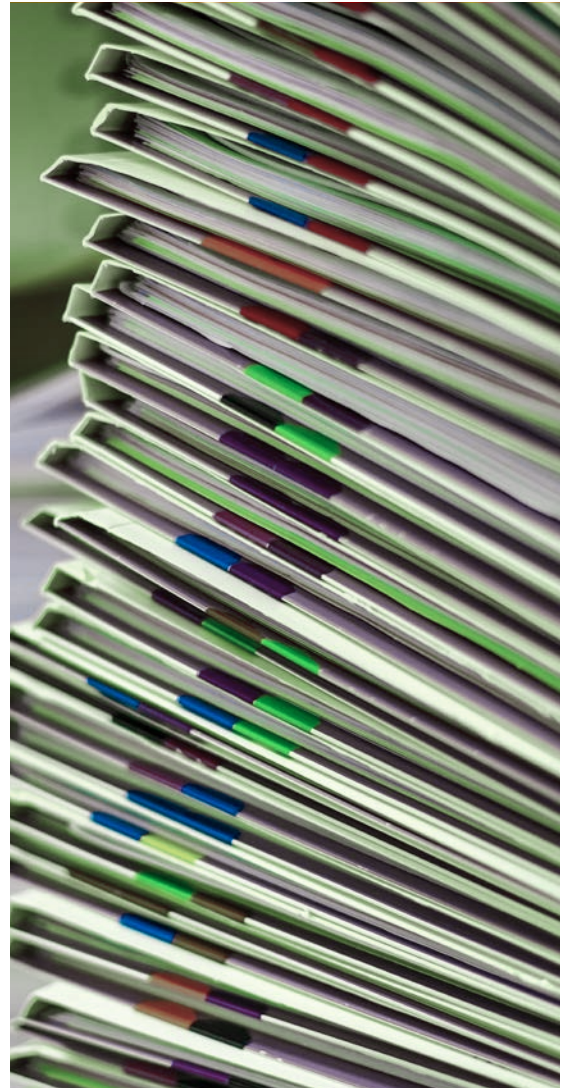
Union zusammen und soll dazu beitragen, notwendige Reformen in den Mitgliedstaaten besser zu überwachen. Die Finanz- und Staatsschuldenkrise hatte gezeigt, dass es zur Wahrung wirtschaftlicher Stabilität und nachhaltigen Wohlstands in Europa aufgrund der gegenseitigen Abhängigkeiten der europäischen Volkswirtschaften nicht ausreicht, allein auf die Einhaltung des fiskalpolitischen Regelwerks mit Zielen für den Schuldenstand und die Defizite der Mitgliedstaaten zu achten. Seither werden im Rahmen des Europäischen Semesters auch die Wirtschaftspolitiken der europäischen Staaten umfassend betrachtet und analysiert. Der Rat der EU beobachtet dabei auf der Grundlage von Berichten der Europäischen Kommission (EU-Kommission) die wirtschaftliche Entwicklung in jedem Mitgliedstaat. Die länderspezifischen Empfehlungen des Rates zur Wirtschafts-, Struktur- und Finanzpolitik und die darauf Bezug nehmenden Nationalen Reformprogramme, die die Mitgliedstaaten einreichen, sind ein zentrales Element im Europäischen Semester.

NRP: ZENTRALES BERICHTSDOKUMENT ZUR UMSETZUNG DER LÄNDERSPEZIFISCHEN EMPFEHLUNGEN

Die länderspezifischen Empfehlungen werden in der Regel im Mai jedes Jahres von der EU-Kommission entworfen und dem Rat vorgelegt. Im Juni berät der Rat der EU über die vorgeschlagenen länderspezifischen Empfehlungen und verständigt sich auf die Endfassung. Der Europäische Rat billigt sodann die endgültigen Empfehlungen. Im Juli nimmt der Rat der EU die länderspezifischen Empfehlungen an. Die Mitgliedstaaten sind zur Umsetzung dieser Empfehlungen aufgefordert. Zentrales Berichtsdokument zur Umsetzung der länderspezifischen Empfehlungen sind die Nationalen Reformprogramme der Mitgliedstaaten.

Die EU-Kommission stellt üblicherweise für die Erstellung des NRP Leitlinien auf und verfasst – im Februar des auf die Veröffentlichung der länderspezifischen Empfehlungen folgenden Jahres – so genannte Länderberichte. In diesen Länderberichten bewertet die EU-Kommission unter anderem die

EMPFEHLUNGEN AUS DEM KRISENJAHR 2020 UND DEM VORJAHR WERDEN BERÜCKSICHTIGT



Fortschritte des jeweiligen Landes bei der Umsetzung der länderspezifischen Empfehlungen.

Abweichend von diesem regulären Ablauf hat die EU-Kommission in diesem Jahr keinen Länderbericht erstellt und auch keine gesonderten Leitlinien zum NRP gegeben. Dies dürfte der besonderen Corona-Situation geschuldet sein, —>

**LÄNDERSPEZIFISCHE EMPFEHLUNGEN
DES RATES DER EUROPÄISCHEN UNION
FÜR DEUTSCHLAND 2019/20 UND 2020/21**
Der Rat der Europäischen Union empfiehlt, dass Deutschland 2019 und 2020 Maßnahmen ergreift, um ...

- unter Einhaltung des mittelfristigen Haushaltsziels die Haushalts- und Strukturpolitik zu nutzen, um bei den privaten und öffentlichen Investitionen vor allem auf regionaler und kommunaler Ebene einen anhaltenden Aufwärtstrend herbeizuführen.
- den Schwerpunkt seiner investitionsbezogenen Wirtschaftspolitik unter Berücksichtigung regionaler Unterschiede auf Bildung, Forschung und Innovation, Digitalisierung und Breitbandnetze mit sehr hoher Kapazität, nachhaltigen Verkehr sowie auf Energienetze und bezahlbaren Wohnraum zu legen.
- die Besteuerung von der Arbeit auf Quellen zu verlagern, die einem inklusiven und nachhaltigen Wachstum weniger abträglich sind.
- bei Unternehmensdienstleistungen und reglementierten Berufen den Wettbewerb zu verstärken.
- die Fehlanreize, die einer Aufstockung der Arbeitszeit entgegenwirken, darunter auch die hohe Steuer- und Abgabenbelastung, insbesondere für Gering- und Zweitverdiener zu reduzieren.
- Maßnahmen einzuleiten, um die langfristige Tragfähigkeit des Rentensystems zu sichern, und dabei gleichzeitig ein angemessenes Rentenniveau aufrechtzuerhalten.
- die Voraussetzungen für die Förderung eines höheren Lohnwachstums zu stärken und dabei gleichzeitig die Rolle der Sozialpartner zu achten.
- die Bildungsergebnisse und das Kompetenzniveau benachteiligte Gruppen zu verbessern.

Der Rat der Europäischen Union empfiehlt, dass Deutschland 2020 und 2021 ...

- im Einklang mit der allgemeinen Ausweichklausel des Stabilitäts- und Wachstumspakts alle erforderlichen Maßnahmen ergreift, um die Corona-Pandemie wirksam zu bekämpfen, die Wirtschaft zu stützen und die darauffolgende Erholung zu fördern.
- sobald die wirtschaftlichen Bedingungen es zulassen, eine Haushaltspolitik verfolgt, die darauf abzielt, mittelfristig eine vorsichtige Haushaltslage zu erreichen und die Schuldentragfähigkeit zu gewährleisten, und gleichzeitig die Investitionen erhöht.
- ausreichende Mittel mobilisiert und die Widerstandsfähigkeit des Gesundheitssystems, unter anderem durch den Einsatz elektronischer Gesundheitsdienste, stärkt.
- durchführungsreife öffentliche Investitionsprojekte vorzieht und private Investitionen unterstützt, um die wirtschaftliche Erholung zu fördern.
- schwerpunktmäßig in den ökologischen und digitalen Wandel investiert, insbesondere in nachhaltigen Verkehr, saubere, effiziente und integrierte Energiesysteme, digitale Infrastruktur und Kompetenzen, Wohnungsbau, Bildung sowie Forschung und Innovation.
- die digitalen Verwaltungsleistungen auf allen Ebenen verbessert und die Digitalisierung in kleinen und mittleren Unternehmen fördert.
- den Verwaltungs- und Bürokratieaufwand für Unternehmen verringert.

in der die europäischen Institutionen eine klare Priorität auf die Bekämpfung der Pandemie und die Stabilisierung der Wirtschaft legen. Aus demselben Grund wird die EU-Kommission in diesem Jahr lediglich finanzpolitische Empfehlungen aussprechen, die primär für die parallel zu den Nationalen Reformprogrammen zu entwerfenden Stabilitäts- oder Konvergenzprogramme relevant sind. Der Fokus der EU-Kommission liegt aktuell auf der Europäischen Aufbau- und Resilienzfähigkeit und darauf beruhenden nationalen Aufbau- und Resilienzplänen. Die Bundesregierung setzt sich dafür ein, möglichst bald wieder zu den bewährten Prozessen des Europäischen Semesters zurückzukehren.

Für die Nationalen Reformprogramme 2021 hat die EU-Kommission darum gebeten, zusätzlich zu den Empfehlungen aus dem Krisenjahr 2020 auch erneut die Empfehlungen aus dem Jahr 2019 in den Blick zu nehmen (Kasten).

Es ist das gemeinsame Anliegen der EU-Kommission und der Bundesregierung, Parlamente und Interessengruppen schon bei der Erstellung des NRP zu beteiligen. Neben den Ländern wurden auch Verbände und Sozialpartner sowie der Bundestag mit dem NRP befasst.

Die Länder haben umfassend zu eigenen Maßnahmen beigetragen.

Der Bundeswirtschaftsminister wird der EU-Kommission das NRP 2021 bis spätestens Ende April übermitteln. —

MEHR ZUM THEMA

Das NRP 2021 und die Stellungnahmen der Verbände und Sozialpartner sind auf der Website des BMWi abrufbar: bmwi.de/nationales-reformprogramm-2021

KONTAKT

SVEN BERGSCHMIDT, DR. MARTIN MEURERS,
DR. ELISABETH ROBRA & DR. KATJA FUDER
Referat: Grundsatzfragen der Wirtschaftspolitik

STEPHAN HEINE

Referat: Koordinierung und Steuerung der
Energiewende

schlaglichter@bmwi.bund.de

TERMINE

5 MAI 2021

17.05.2021

Eurogruppe (Brüssel)

18.05.2021

Inf. Treffen der Kohäsionsminister/innen (Portugal)

20.05.2021

Handelsministerrat (Brüssel)

21./22.05.2021

Informeller ECOFIN (vsl. Portugal)

27.05.2021

WBF-Rat (Binnenmarkt und Industrie)

28.05.2021

WBF-Rat (Forschung und Raumfahrt)

6 JUNI 2021

04.06.2021

TK/Digitalministerrat (Luxemburg)

17./18.06.2021

Eurogruppe/ECOFIN (Luxemburg)

21.06.2021

Umweltministerrat (Luxemburg)

22.06.2021

Energieministerrat (Luxemburg)

24./25.06.2021

Europäischer Rat (Brüssel)

7 JULI 2021

06.07.2021

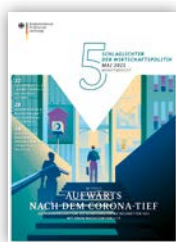
Auftragseingang im Verarbeitenden Gewerbe (Mai)

07.07.2021

Produktion im Produzierenden Gewerbe (Mai)

14.07.2021

Pressemitteilung „Wirtschaftliche Lage“



DIE „SCHLAGLICHTER“ ALS ABONNEMENT

Der Monatsbericht des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie ist nicht nur als Druckexemplar, sondern auch als elektronischer Newsletter verfügbar. Für ein Abonnement können Sie sich unter folgender Adresse registrieren:

www.bmwi.de/abo-service

Darüber hinaus stehen die Ausgaben des Monatsberichts sowie einzelne Beiträge aus älteren Ausgaben auf der Homepage des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie unter folgender Adresse zur Verfügung:

www.bmwi.de/schlaglichter

Haben Sie Fragen oder Anregungen zu den „Schlaglichtern“ beziehungsweise einzelnen Artikeln? Dann wenden Sie sich gern an:

schlaglichter@bmwi.bund.de



KONJUNKTUR

<i>DIE WIRTSCHAFTLICHE LAGE IM APRIL 2021</i>	<i>42</i>
<i>BIP-NOWCAST FÜR DAS 2. QUARTAL 2021</i>	<i>48</i>
<i>DIE MONETÄRE ENTWICKLUNG</i>	<i>50</i>

DIE WIRTSCHAFTLICHE LAGE IM APRIL 2021

IN KÜRZE

DIE WIRTSCHAFTSLEISTUNG IM ERSTEN QUARTAL 2021 DÜRFTE AUFGRUND DER ANHALTENDEN CORONA-EINSCHRÄNKUNGEN WIEDER ZURÜCKGEGANGEN SEIN.¹ Für das Gesamtjahr 2021 stehen die Zeichen jedoch auf wirtschaftlicher Erholung. Die an Fahrt aufnehmende Impfkampagne und eine starke Weltwirtschaft verbreiten Zuversicht. Im Gesamtjahr 2020 war die Wirtschaftsleistung noch um 4,9 % zurückgegangen.

DIE INDUSTRIE ERWEIST SICH WEITERHIN ALS VERGLEICHSWEISE ROBUST. Die Stimmung und die Auftragslage in den Unternehmen entwickeln sich positiv. Für die Produktionsrückgänge im Januar und Februar waren vor allem Engpässe bei Halbleitern in der gewichtigen Kfz-Produktion maßgeblich. Im Baugewerbe hat sich der witterungsbedingte starke Rückgang im Januar zuletzt merklich abgeschwächt.

DER EINZELHANDEL IST WEITERHIN DURCH DIE ANHALTENDEN SCHLISSUNGSVERFÜGUNGEN BELASTET, AUCH WENN SICH DIE UMSÄTZE OHNE KFZ IM FEBRUAR LEICHT ERHOLTEN. Im Vergleich zum Vorjahr litt insbesondere der stationäre Handel unter den Maßnahmen zur Pandemiebekämpfung, während der Internet- und Versandhandel merklich zulegen konnte.

AM ARBEITSMARKT HAT TROTZ STEIGENDER INFEKTIONSZAHLEN EINE FRÜHJAHRSELEBUNG EINGESETZT. Die Arbeitslosigkeit verringerte sich im März saisonbereinigt leicht und die Erwerbstätigkeit ging im Februar nur geringfügig zurück. Die Anzeigen für Kurzarbeit deuten darauf hin, dass die Zahl der Menschen in Kurzarbeit noch etwas zunehmen könnte, aber deutlich unter ihrem Niveau vom Frühjahr 2020 bleiben sollte.

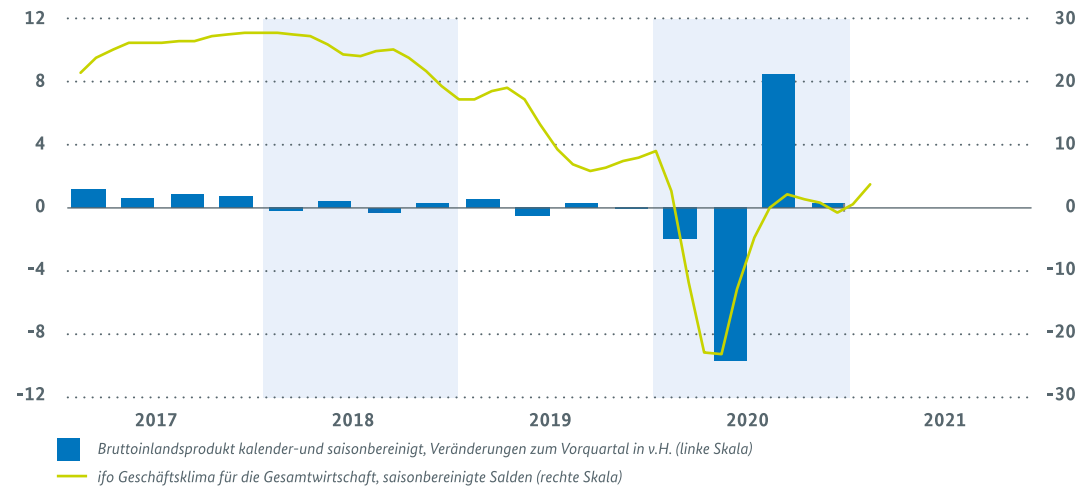
Gründe hierfür sind nicht in einer mangelnden Nachfrage zu sehen, sondern beruhen auf Lieferengpässen von Halbleiterprodukten, was die Produktion in der Automobilindustrie beeinträchtigte. So stehen dem Rückgang bei der Produktion eine positive Entwicklung bei den Auftragseingängen und sehr zuversichtliche Exporterwartungen gegenüber. Die Stimmung in den Unternehmen ist so gut wie lange nicht mehr. Die wirtschaftliche Aktivität in vielen Dienstleistungsbereichen bleibt derweil von den Maßnahmen zur Pandemiebekämpfung geprägt, wenngleich auch hier zuletzt etwas mehr Zuversicht zu beobachten war. Das zunehmende Tempo der Impfkampagne erhöht die Hoffnungen auf ein baldiges Zurückfahren der Beschränkungen. Die weitere Entwicklung der Wirtschaft hängt nun maßgeblich davon ab, wie nachhaltig das Infektionsgeschehen kontrolliert werden kann und wie schnell damit weitere Lockerungen möglich werden.

Im Rückblick hat die konjunkturelle Erholung des zweiten Halbjahrs 2020 im Schlussquartal 2020 durch eine zweite Pandemiewelle und den daraufhin vorgenommenen Maßnahmen zur Eindämmung deutlich an Schwung verloren. Dennoch wird für das Gesamtjahr 2021 ein Aufschwung erwartet, auch wenn die dritte Welle der Pandemie vermutlich für ein schwaches erstes Vierteljahr gesorgt hat. Umso stärker können jedoch die Wachstumsimpulse sein, wenn die Beschränkungen aufgehoben werden und alle Einwohner ein Impfangebot bekommen haben. Dann dürfte auch der zuletzt schwächelnde private Konsum wieder anziehen, der besonders stark auf soziale Kontakte angewiesen ist. Gleichzeitig zeigen sich der deutsche Außenhandel und die damit eng verbundene Industriekonjunktur robust. Auch der Arbeitsmarkt konnte trotz der Belastungen durch die Pandemie eine Frühjahrsbelebung verzeichnen. Die Arbeitslosigkeit sank im März saisonbereinigt leicht um 8.000 Personen.

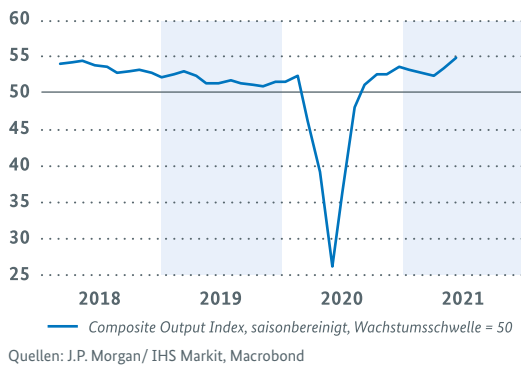
Die wirtschaftliche Lage präsentiert sich im April zweigeteilt: Während die Dienstleistungsbereiche nach wie vor durch die Maßnahmen zur Bekämpfung der Pandemie eingeschränkt sind, zeigt sich die Industriekonjunktur vergleichsweise robust. Der industrielle Ausstoß ist im Februar und Januar zwar gesunken, aber die

¹ In diesem Bericht werden Daten verwendet, die bis zum 15. April 2021 vorlagen. Soweit nicht anders vermerkt, handelt es sich um Veränderungsraten gegenüber der jeweiligen Vorperiode auf Basis preisbereinigter sowie kalender- und saisonbereinigter Daten.

BRUTTOINLANDSPRODUKT UND ifo GESCHÄFTSKLIMA



EINKAUFSMANAGERINDEX WELT J.P.MORGAN/ IHS MARKIT

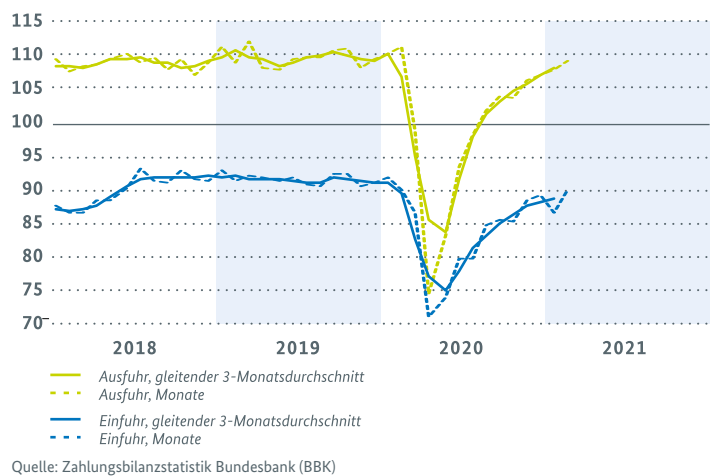


WELTKONJUNKTUR ZUNEHMEND AUF ERHOLUNGSKURS

Die Weltkonjunktur erholt sich zunehmend, auch wenn sie immer noch im Schatten der Pandemie steht. Die globale Industrieproduktion stieg im Januar zum neunten Mal in Folge gegenüber dem Vormonat (+1,7%). Damit übertraf der weltweite industrielle Ausstoß sein Vorkrisenniveau inzwischen merklich. Der Anstieg des Welthandels hat sich im Januar deutlich beschleunigt (+2,6%) und lag ebenfalls spürbar über seinem Vorkrisenniveau. Auch die Stimmungsindikatoren sprechen für eine weitere Erholung der Weltwirtschaft. Der zusammengesetzte Einkaufsmanagerindex von J. P. Morgan/ IHS Markit legte im März nochmals zu und notierte bei 54,8 Punkten (Februar: 53,2 Punkte); er bewegt

WARENHANDEL

(in Milliarden Euro, kalender- und saisonbereinigt)



AUSSENHANDEL*

	3.Q.	4.Q.	Dez.	Jan.	Feb.
WARENHANDEL UND DIENSTLEISTUNGEN (Zahlungsbilanzstatistik)					
Veränderung gegen Vorperiode in % (saisonbereinigt)					
AUSFUHR	17,8	3,7	-0,5	2,2	1,1
EINFUHR	12,0	2,7	0,4	-1,0	2,7
AUSSENHANDEL MIT WAREN NACH LÄNDERN (Außenhandelsstatistik)					
Veränderung gegen Vorjahr in % (Ursprungswerte)					
AUSFUHR	-8,3	-1,8	3,0	-7,9	-1,2
Eurozone	-7,7	-1,9	3,5	-6,4	-0,9
EU Nicht-Eurozone	-4,0	1,2	8,0	-4,6	1,2
Drittländer	-10,1	-2,7	1,1	-10,3	-2,3
EINFUHR	-7,2	-0,9	3,5	-9,2	0,9
Eurozone	-7,6	-0,4	3,4	-7,3	-0,6
EU Nicht-Eurozone	-1,5	7,0	12,7	-2,5	3,7
Drittländer	-8,9	-4,1	0,4	-12,7	1,1

* Angaben in jeweiligen Preisen

Quellen: Statistisches Bundesamt (StBA), Bundesbank (BBK)

sich damit klar oberhalb der Wachstumsschwelle von 50 Punkten. Insbesondere die Stimmung bei den Dienstleistern machte einen deutlichen Sprung nach oben, liegt aber immer noch hinter den Erwartungen in der Industrie. Nach wie vor dürfte hierfür ursächlich sein, dass von den Maßnahmen der Pandemiebekämpfung primär die Dienstleistungsbranchen betroffen sind. Ein Grund für die zuversichtlichere Stimmung dürften die weltweiten Impfkampagnen sein.

AUSFUHREN UND EINFUHREN IM PLUS

Der deutsche Außenhandel legte insgesamt zu. Der Wert der Waren- und Dienstleistungsexporte stieg im Februar gegenüber dem Vormonat saisonbereinigt und nominal um 1,1 %, nach einem Plus von 2,2 % im Januar. Im Zweimonatsvergleich ergab sich ein spürbarer Zuwachs von 2,5 %. Die Einfuhren erhöhten sich im Februar deutlich um 2,7 %, nachdem sie im Januar allerdings einen Dämpfer erhalten hatten (-1,0 %). Im Zweimonatsvergleich kam es zu einem Plus von 0,5 %.

Auch auf nationaler Ebene spiegeln sich die Beschränkungen aufgrund der Pandemiebekämpfung kaum in den Frühindikatoren zur Außenwirtschaft wider, die von der Industrie dominiert wird. Der Saldo der ifo Exporterwartungen für das Verarbeitende Gewerbe stieg im März erneut kräftig an

und erreichte seinen höchsten Wert seit Januar 2011. Die Auftragseingänge aus dem Ausland gingen im Februar nur leicht zurück (-0,5 %), im Januar hatten sie jedoch deutlich zugelegt (+3,2 %). Der Ausblick für den deutschen Außenhandel ist somit insgesamt positiv, insbesondere angesichts der guten Konjunktur in Asien und den Vereinigten Staaten. Auch der Euroraum hat zuletzt wieder etwas an Fahrt gewonnen.

INDUSTRIEKONJUNKTUR VERGLEICHSWEISE ROBUST

Die Produktion im Produzierenden Gewerbe ist im Februar gegenüber dem Vormonat erneut zurückgegangen, was aber maßgeblich auf Sondereffekte zurückzuführen war. Der Ausstoß sank um 1,6 % nach einem Minus von 2,0 % im Januar. Die Industrie verzeichnete zuletzt einen Rückgang um 1,8 % (Januar: -0,4 %), wobei die Kfz-Produktion aufgrund von Engpässen im Halbleiterbereich noch einmal stark zurückging (-7,0 %). Die Erzeugung im Bauwesen verringerte sich auch im Februar noch einmal witterungsbedingt um 1,3 %, nachdem sie im Januar einen kräftigen Dämpfer erhalten hatte (-10,5 %). Im Zweimonatsvergleich Februar/Januar gegenüber Dezember/November ergaben sich durchweg negative Raten: Der Ausstoß im Produzierenden Gewerbe sank um 1,9 %, in der Industrie um 0,6 % und im Bau um kräftige 8,8 %.

INDUSTRIE

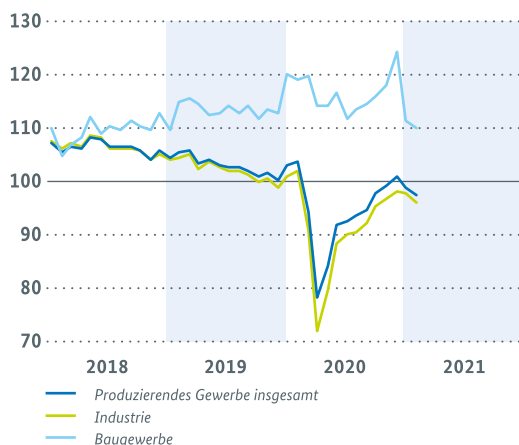
VERÄNDERUNG GEGEN VORZEITRAUM IN %
(Volumen, saisonbereinigt)

	3.Q.	4.Q.	Dez.	Jan.	Feb.
PRODUKTION					
Insgesamt	13,9	6,4	1,4	-0,4	-1,8
Vorleistungsgüter	9,8	8,1	2,5	-0,3	-1,0
Investitionsgüter	21,4	7,6	0,2	0,3	-3,2
Konsumgüter	5,3	0,2	1,9	-2,7	0,2
UMSÄTZE					
Insgesamt	18,5	5,8	1,1	-1,2	-1,9
Inland	13,8	4,8	0,3	-2,4	-2,1
Ausland	23,3	7,0	1,8	0,1	-1,7
AUFTRAGSEINGÄNGE					
Insgesamt	31,9	7,5	-1,9	0,8	1,2
Inland	17,7	8,1	-0,4	-2,9	4,0
Ausland	43,6	7,1	-2,8	3,2	-0,5
Vorleistungsgüter	24,3	12,2	1,3	0,6	0,5
Investitionsgüter	41,2	5,1	-4,8	1,6	2,1
Konsumgüter	8,5	3,9	6,7	-5,2	-1,9

Quellen: Statistisches Bundesamt (StBA), Bundesbank (BBK)

PRODUKTION IM PRODUZIERENDEN GEWERBE NACH WIRTSCHAFTSZWEIGEN

Volumenindex (2015 = 100, saisonbereinigt)



Quellen: Statistisches Bundesamt (StBA), Bundesbank (BBK)

Die Auftragseingänge im Verarbeitenden Gewerbe nahmen indes im Februar erneut um 1,2 % zu. Damit überschritten sie ihr Niveau vom Februar 2020, dem letzten Monat vor Ausbruch der Pandemie, den fünften Monat in Folge. Den Ausschlag für den Anstieg gab diesmal die Inlandsnachfrage (+4,0 %), während die Aufträge aus dem Ausland um 0,5 % sanken. Insbesondere die Bestellungen in den gewichtigen Wirtschaftszweigen Kraftfahrzeuge und Maschinen legten merklich um 3,4 % bzw. 2,2 % zu. Bereinigt um Großaufträge nahmen die Auftrags-eingänge um 1,5 % zu. Im Zweimonatsvergleich stiegen die Ordereingänge insgesamt leicht um 0,5 %.

Für einen positiven Ausblick für die Industriekonjunktur sprechen die Verbesserung des ifo Geschäftsklimas und die gute Entwicklung der Auftragseingänge. Unsicherheiten verbleiben allerdings durch den weiteren Verlauf des Pandemiegeschehens.

EINZELHANDEL WEITERHIN DURCH SCHLISSUNGSVERFÜGUNGEN BELASTET

Die Umsätze im Einzelhandel ohne Kfz haben sich zuletzt wieder etwas erholt. Im Februar stiegen sie gegenüber dem Vormonat um 1,2 %, nachdem die Verschärfung der Maßnahmen zur Pandemiebekämpfung die Verkäufe im Januar und Dezember stark beeinträchtigt hatten (Januar: -6,5 %; Dezember: -8,0 %). Die Entwicklung in den einzelnen Branchen des Einzelhandels verlief weiterhin sehr unterschiedlich. Nach wie vor war der Handel mit Textilien, Bekleidung, Schuhen und Lederwaren von der Schließung vieler Einzelhandelsgeschäfte besonders betroffen, während der Internet- und Versandhandel gegenüber dem Vorjahr deutliche Umsatzsteigerungen verzeichnete. Der Handel einschließlich Kfz nahm im Januar gegenüber dem Vormonat kräftig um 11,5 % ab, nachdem er bereits im Dezember um 3,6 % zurückgegangen war. ➔

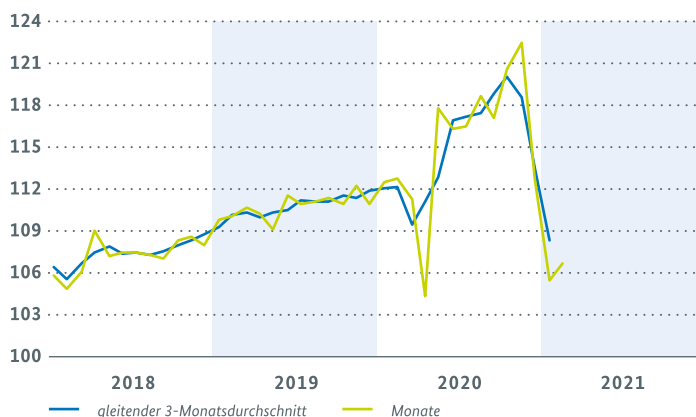
Die Neuzulassungen von Pkw durch private Halter erhielten sich im März jedoch spürbar und legten um 11,7 % zu (Februar: +5,1 %). Nach dem Auslaufen der temporären Senkung der Umsatzsteuersätze zu Jahresbeginn war es im Januar zu einem kräftigen Minus von 50,9 % gekommen.

Die ifo Geschäftserwartungen im Einzelhandel haben sich im März weiter von dem massiven Einbruch im Januar erholt. Auch beim GfK Konsumklima zeichnete sich eine Verbesserung ab. In die Umfragen zu den beiden Frühindikatoren dürften aber die erneute Verlängerung des Lockdowns und die zuletzt wieder deutliche Zunahme des Infektionsgeschehens zum größten Teil noch nicht mit eingeflossen sein.

Das Verbraucherpreisniveau hat sich im März gegenüber dem Vormonat um 0,5 % erhöht, nach Steigerungsraten von 0,7 % bzw. 0,8 % im Februar und Januar. Die Inflationsrate, die Preisniveauentwicklung gegenüber dem Vorjahr, lag im März bei 1,7 % nach 1,3 % bzw. 1,0 % in den beiden Monaten zuvor.

Einzelhandelsumsatz ohne Handel mit Kfz

Volumenindex 2015 = 100, saisonbereinigt



Quellen: Statistisches Bundesamt (StBA), Bundesbank (BBK)

Verbraucherpreisindex

Veränderung in %	ggü. Vormonat		ggü. Vorjahresmonat	
	Feb.	Mär.	Feb.	Mär.
Insgesamt	0,7	0,5	1,3	1,7
Insgesamt ohne Energie und Nahrungsmittel (Kerninflation)	0,6	0,3	1,4	1,4
Nahrungsmittel	0,7	0,0	1,4	1,6
Bekleidung und Schuhe	1,3	1,4	0,6	-1,6
Gesundheitspflege	0,2	0,2	-0,1	-0,1
ambulante Gesundheitsdienstleistungen	0,1	0,0	-1,8	-1,8
Freizeit, Unterhaltung, Kultur	2,5	0,5	1,5	1,6
Pauschalreisen	15,3	3,6	-3,5	-1,9
Beherbergungs- u. Gaststättendienstl.	5,4	1,5	-2,3	0,3
Energie	1,5	2,1	0,3	4,8
Haushaltsenergie	0,6	0,7	-0,8	0,9
Strom	0,1	0,0	0,3	0,1
Gas	0,2	0,2	2,1	2,2
Heizöl	6,5	6,1	1,1	19,4
Kraftstoffe	3,6	5,0	2,1	13,7
Dienstleistungen	0,7	0,4	1,4	1,6
Insgesamt (saisonbereinigt)	0,4	0,4	-	-

Quellen: Statistisches Bundesamt (StBA), Bundesbank (BBK)

Im zweiten Halbjahr 2020 hatte die Inflationsrate aufgrund der temporären Senkung der Umsatzsteuersätze fast durchgehend im negativen Bereich gelegen. Weitere Gründe für den sprunghaften Anstieg der Inflationsrate zu Beginn des Jahres sind die Erholung der Import- und Rohstoffpreise sowie die Einführung der CO₂-Bepreisung. Während die Energiepreise im letzten Jahr noch den Auftrieb des Verbraucherpreisniveaus gebremst hatten, tragen sie inzwischen spürbar dazu bei. Nach Auslaufen dieser Sondereffekte dürfte sich der Auftrieb des Verbraucherpreisniveaus wieder abschwächen. Eine nachhaltige Erhöhung der Teuerungsrate ist nicht zu erwarten. Die Kerninflationsrate (ohne Energie und Nahrungsmittel) lag im März wie schon im Februar und Januar bei +1,4 % (Dezember: +0,4 %).

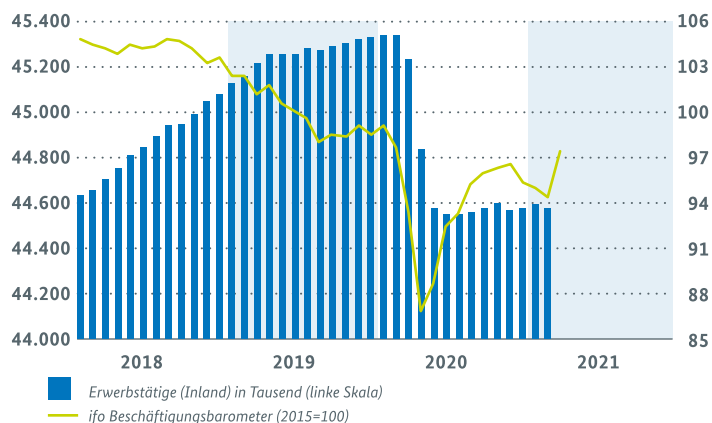
Arbeitsmarkt zeigt Frühjahrsbelebung

Am Arbeitsmarkt ist es im Frühjahr trotz Belastungen durch die Pandemie zu einer Belebung gekommen. Diese könnte sich im Zuge von Verbesserungen beim Infektionsgeschehen sogar noch verstärken. Ein Jahr nach Beginn der Corona-Pandemie ist der Arbeitsmarkt allerdings immer noch stark von der Krise geprägt. Die Arbeitslosigkeit verringerte sich im März saisonbereinigt leicht um 8.000 Personen und die Unterbeschäftigung um 10.000 Personen. Nach den Ursprungszahlen sank die Arbeitslosigkeit deutlich um 77.000 auf 2,83 Mio. Personen. Der Vorjahresabstand belief sich auf +492.000 Personen.

Die Erwerbstätigkeit nahm im Februar saisonbereinigt geringfügig um 13.000 Personen ab, die Nachfrage nach Arbeitskräften hat sich jedoch im März belebt. Die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung stieg im Januar saisonbereinigt leicht um 4.000 Personen an. In Kurzarbeit waren im Januar laut Hochrechnung erneut etwas mehr Personen (2,85 Mio.). Die Anzeigen für Kurzarbeit (rd. 197.000 vom 1. bis 25. März nach 535.000 im Februar und 975.000 im Januar) deuten darauf hin, dass es zwar zu einer weiteren Zunahme kommen könnte, aber die Zahl der Personen in Kurzarbeit deutlich unter dem Niveau vom Frühjahr 2020 bleiben sollte. Die

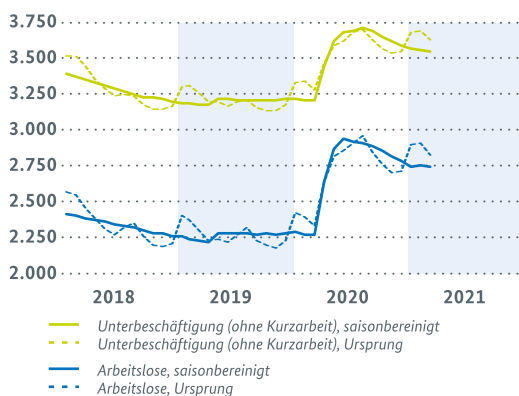
ifo BESCHÄFTIGUNGSBAROMETER UND ERWERBSTÄTIGE (INLAND)

Monate, saisonbereinigt



Quellen: Statistisches Bundesamt (StBA), Bundesbank (BBK)

ARBEITSLOSIGKEIT UND UNTERBESCHÄFTIGUNG (in 1.000)



Quellen: Bundesagentur für Arbeit (BA), IAB, Bundesbank (BBK)

umfragebasierten Frühindikatoren von IAB und ifo entwickelten sich im März spürbar positiv und erreichten ihre höchsten Werte seit Februar 2020. Während es in der Industrie zu ersten Neueinstellungen kommt, sind im Einzelhandel weiter Entlassungen insbesondere bei Minijobs zu verzeichnen.

ARBEITSMARKT

Arbeitslose (SGB II und III)

	4.Q.	1.Q.	Jan.	Feb.	Mär.
in Mio. (Ursprungszahlen)	2,722	2,878	2,901	2,904	2,827
ggü. Vorjahr in 1.000	518	492	475	509	492
ggü. Vorperiode in 1.000*	-86	-69	-37	9	-8
Arbeitslosenquote	5,9	6,3	6,3	6,3	6,2

ERWERBSTÄTIGE (Inland)

	3.Q.	4.Q.	Dez.	Jan.	Feb.
in Mio. (Ursprungszahlen)	44,6	44,8	44,7	44,4	44,4
ggü. Vorjahr in 1.000	-731	-746	-756	-739	-754
ggü. Vorperiode in 1.000*	-92	18	10	13	-13

SOZIALVERSICHERUNGSPFLICHTIG BESCHÄFTIGTE

	3.Q.	4.Q.	Nov.	Dez.	Jan.
in Mio. (Ursprungszahlen)	33,5	33,8	33,9	33,7	33,5
ggü. Vorjahr in 1.000	-134	-70	-72	-42	-96
ggü. Vorperiode in 1.000*	31	161	53	65	4

*kalender- und saisonbereinigte Angaben

Quellen: Bundesagentur für Arbeit (BA), Statistisches Bundesamt (StBA), Bundesbank (BBK)

BIP NOWCAST FÜR DAS 2. QUARTAL 2021

IN KÜRZE

DER NOWCAST FÜR DIE SAISON- UND KALENDERBEREINIGTE VERÄNDERUNGSRATE DES BIP BETRÄGT +0,7 % FÜR DAS ZWEITE QUARTAL 2021 (STAND 13. APRIL)¹.

Das Prognosemodell ermittelt als Nowcast für das zweite Quartal 2021 einen saison- und kalenderbereinigten Anstieg des BIP um preisbereinigt 0,7 % gegenüber dem Vorquartal. Der Nowcast ist eine täglich aktualisierte, rein technische Prognose, bei der es sich weder um die Prognose des BMWi noch um die offizielle Projektion der Bundesregierung handelt. Die amtlichen Ergebnisse für das zweite Quartal 2021 werden vom Statistischen Bundesamt Ende Juli 2021 veröffentlicht.

Mit dieser Ausgabe wird zum ersten Mal der Nowcast für das zweite Quartal vorgestellt. Die Abbildung zeigt die Entwicklung im Zeitverlauf. Der Wert für das zweite Quartal wurde am Jahresanfang 2021 erstmalig ermittelt und lag bei 0,2 %. Im Laufe des ersten Quartals führten vor allem Nachrichten zur Konjunktur des Euroraums sowie Stimmungsindekatoren zu Abwertungen. Zeitweise fiel der Schätzwert auf rund -0,8 %, stabilisierte sich dann aber wieder bei -0,2 %. Ende März führten positive Stimmungsindekatoren vom ifo Institut und der Einkaufsmanagerindex von IHS Markit sowie eine positive Euroraum-Konjunktur zu deutlichen Sprüngen nach oben auf rund 0,7 %.

Nach wie vor ist die Prognose-Unsicherheit hoch, da sich die deutsche Konjunktur noch immer in einer Ausnahmesituation befindet. Daher ist der Zusammenhang zwischen Indikatoren und der zukünftigen wirtschaftlichen Entwicklung derzeit kaum in empirischen Modellen abzubilden. Hinzu kommt, dass für das zweite Quartal noch keine „harten“ Konjunkturindikatoren vorliegen, sondern lediglich umfragebasierte Stimmungsindekatoren.

Der weitere Konjunkturverlauf hängt nun stark vom weiteren Infektionsgeschehen und den in der Folge ergriffenen Maßnahmen sowie dem Fortschreiten der Impfkampagne ab. Diese Sachverhalte können in dem ökonometrischen Modell nicht abgebildet werden.

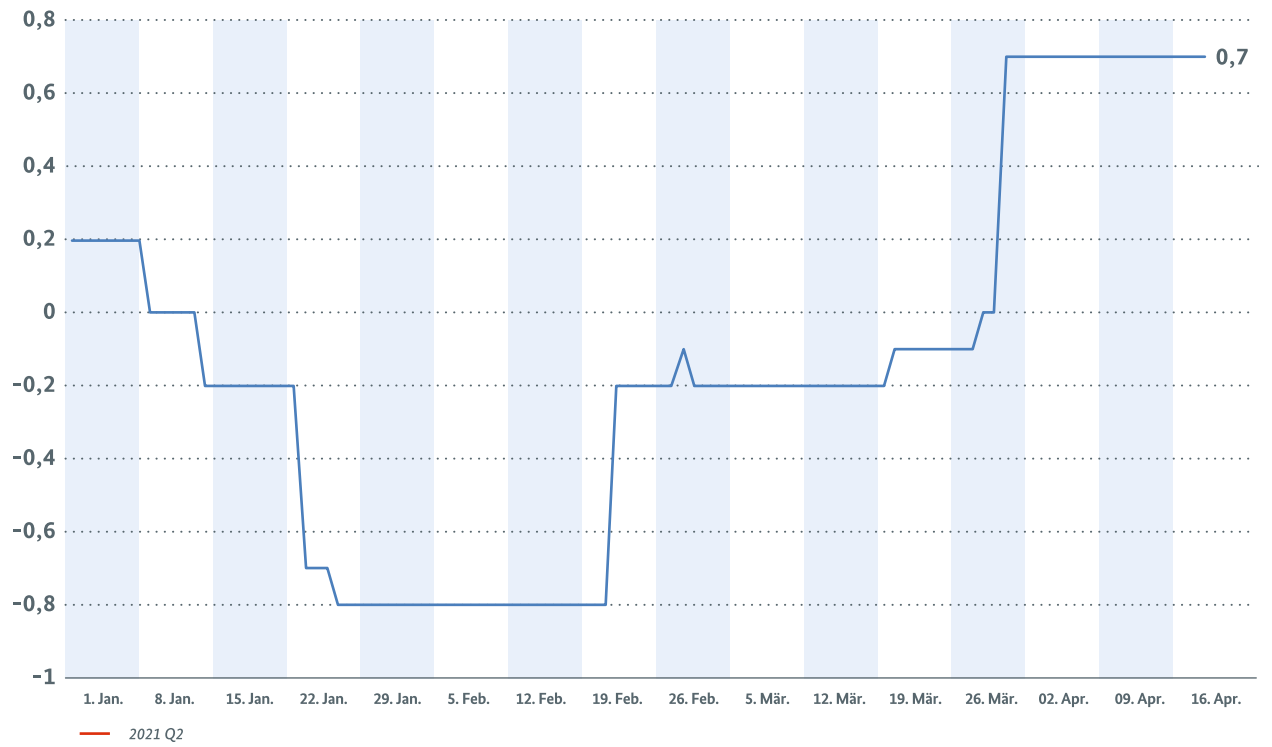
Da mit einem zügigen Voranschreiten der Impfkampagne zu rechnen ist, erscheint aus fachlicher Sicht das vom Modell prognostizierte BIP-Wachstum für das zweite Quartal 2021 zu pessimistisch. Im Laufe des zweiten Quartals mit Rücknahmen einiger Beschränkungen der wirtschaftlichen Aktivität begonnen werden dürfte, was die wirtschaftliche Aktivität im Vergleich zum Vorquartal kräftiger erhöht als vom Modell berechnet. Wie die weitere Entwicklung tatsächlich ausfällt, wird sich in den kommenden Monaten zeigen, wenn die amtlichen Daten für das zweite Quartal 2021 veröffentlicht werden. Die Bundesregierung hat mit der Frühjahrsprojektion 2021 am 27. April ihre aktualisierte Vorausschätzung vorgelegt. —

DAS MODELL

Das Modell zur Prognose des deutschen Bruttoinlandsprodukts wird von Now-Casting Economics Ltd. betrieben. Der hier veröffentlichte Nowcast ist eine rein technische, modellbasierte Prognose. Die Schätzungen sind mit einer hohen statistischen Unsicherheit behaftet, die mit Modellprognosen immer einhergeht. Es handelt sich bei dem Nowcast weder um die Prognose des BMWi noch um die offizielle Projektion der Bundesregierung.

¹ Für nähere Erläuterungen zu der Methode, den verwendeten Daten und der Interpretation des Modells siehe Senftleben und Strohsal (2019): „Nowcasting: Ein Echtzeit-Indikator für die Konjunkturanalyse“, Schlaglichter der Wirtschaftspolitik, Juni 2019, Seite 9–11, und Andreini, Hasenzagl, Reichlin, Senftleben und Strohsal (2020) „Nowcasting German GDP“, CEPR DP14323.

ENTWICKLUNG DES BIP NOWCAST FÜR DAS ZWEITE QUARTAL IN %



Quelle: Now-Casting Economics Ltd.

MONETÄRE ENTWICKLUNG

IN KÜRZE

EUROPÄISCHE ZENTRALBANK LÄSST ZINSSÄTZE UNVERÄNDERT UND ERHÖHT TEMPO DER NOTFALL-ANLEIHEKÄUFE.

PREISNIVEAU UND ANLEIHERENDITEN STEIGEN LEICHT AN.

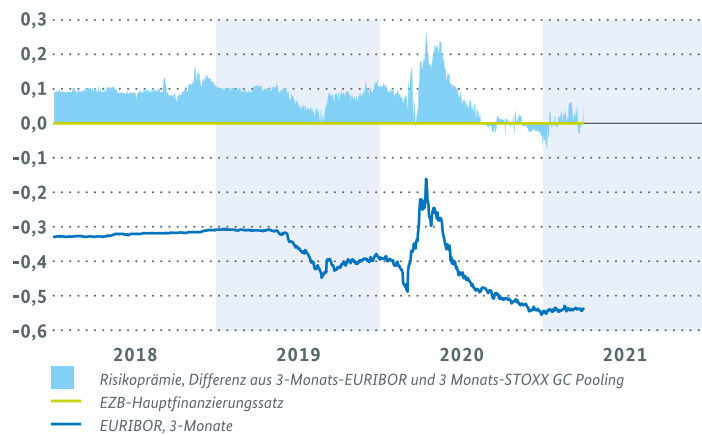
Der geldpolitische Kurs der Europäischen Zentralbank (EZB) war auch im ersten Quartal 2021 ohne Veränderung. Sowohl Hauptrefinanzierungs-, Spitzenrefinanzierungssatz und Einlagefazilität blieben auf ihren historischen Tiefständen von 0,00 % und 0,25 % und -0,50 %.

Auch die amerikanische Zentralbank (Fed) hielt an ihrer Niedrigzinspolitik fest und beließ den Leitzins weiterhin auf niedrigem Niveau. Die angestrebte Spanne lag zwischen Null und 0,25 %.

Des Weiteren setzt die EZB ihre Anleihekäufe im Rahmen des Pandemic Emergency Purchase Programme (PEPP) fort und hat im März beschlossen, die Geschwindigkeit der PEPP-Käufe nochmals zu erhöhen. Insgesamt hat das Programm mittlerweile ein Volumen von 1,85 Bio. Euro erreicht. Das Programm wurde zunächst in einem Umfang von 750 Mrd. Euro aufgelegt, dann jedoch im Juni 2020 als Reaktion auf die pandemiebedingt gesunkene Inflationsvorhersage um 600 Mrd. Euro erweitert. Im Dezember wurde es erneut um 500 Mrd. Euro aufgestockt. Auch die parallel weiterlaufenden Anleihekäufe im Rahmen des Asset Purchasing Programme (APP) wurden fortgesetzt.

Die Bilanz der EZB hält sich damit weiterhin auf Rekordniveau und durchbrach Ende März die Marke von 7,5 Billionen Euro. Die Überschussliquidität stieg im März weiter an und stand bei 3,7 Bio. Euro. Dadurch blieben auch die Zinsen auf dem Interbankenmarkt auf dem Niveau des Einlagesatzes: Der besicherte Interbankenzins beläuft sich derzeit auf -0,59 % und ist damit fast identisch mit dem Einlagesatz. Der unbesicherte Interbankenzins liegt mit -0,54 % ebenfalls auf nahezu gleichem Niveau.

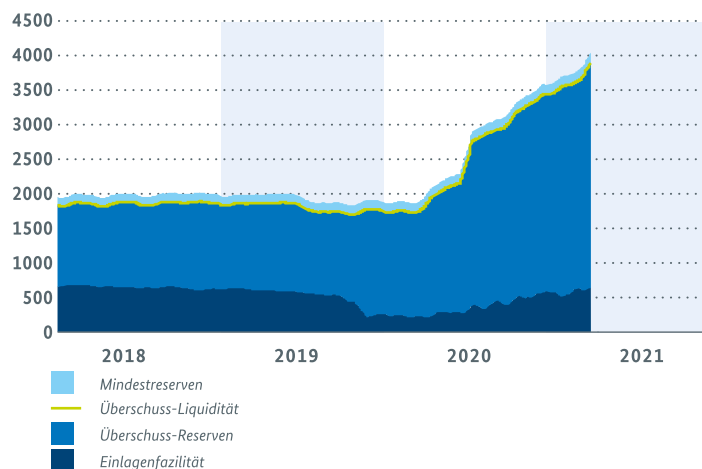
GELDMARKTSÄTZE IM EURORAUM (in %)



Quellen: Europäische Zentralbank (EZB), Macrobond

LIQUIDITÄT IM EUROBANKENSYSTEM

in Mrd. Euro, Monatsdurchschnitte



Quellen: Europäische Zentralbank (EZB), Macrobond

Die Preisniveausteigerung in der Eurozone lag im März bei 1,3 % gegenüber dem Vorjahr. Die Kerninflation blieb mit 0,9 % etwas niedriger. Der seit einigen Monaten steigende Ölpreis trägt einen großen Teil zum Anstieg des Preisniveaus bei.

Im März 2021 lag der Wechselkurs des Euro gegenüber dem US-Dollar bei rund 1,19 US-\$ und fiel damit im Vergleich zu den vorangehenden Monaten (Februar: 1,21; Januar: 1,22). Damit hat der Euro nach einem starken Aufwärtstrend im Jahr 2020 wieder leicht abgewertet gegenüber dem Dollar. Ein Grund könnte in den gestiegenen Inflationserwartungen in der Eurozone liegen. Gegenüber dem britischen Pfund notierte der Euro im März bei etwa 0,86 Pfund, was ebenfalls eine Abwertung gegenüber den vergangenen Monaten bedeutet (Februar: 0,87; Januar: 0,89). Eine Aufwertung des Euro war allerdings gegenüber dem japanischen Yen zu verzeichnen, der Wechselkurs notierte zuletzt bei knapp 130 Yen.

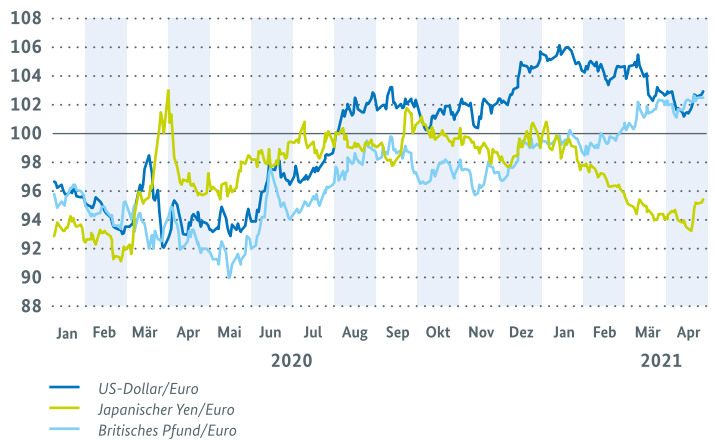
Die von der Deutschen Bundesbank errechnete preisliche Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands gegenüber den 37 wichtigsten Handelspartnern stieg im März leicht an. Der effektive Wechselkurs erreichte die Marke von 91,4 und lag damit höher als im Dezember, als er bei 90,5 notierte.

ANLEIHERENDITEN: LEICHTER ANSTIEG AUSGEHEND VON NIEDRIGEM NIVEAU

Die Umlaufrendite 10-jähriger deutscher Bundesanleihen hält sich weiterhin im negativen Bereich. Sie schwankte zuletzt um -0,3 %, hat damit jedoch angezogen gegenüber Januar (-0,5 %). Die Rendite deutscher Bundesanleihen liegt damit etwas höher als der Zins für die Einlagefazilität bei der Europäischen Zentralbank (-0,5 %). Die Renditen auf Staatsanleihen der übrigen Euroländer liegen ebenfalls auf niedrigem Niveau, Tendenz jedoch leicht ansteigend. Die höchsten Renditen werden nach wie vor von griechischen (+0,9 %) und italienischen (+0,8 %) Staatsanleihen erzielt.

WECHSELKURSE

01.01.2019 = 100



Quelle: Macrobond

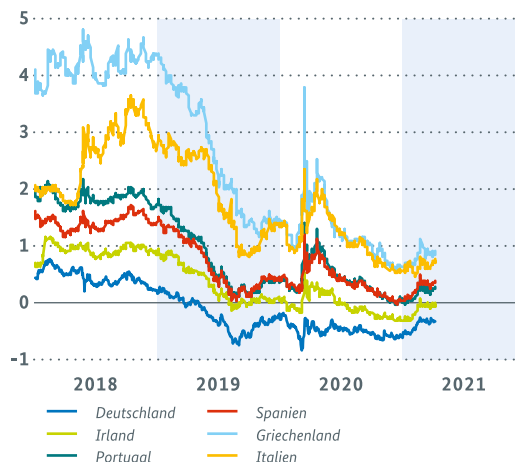
Die Renditen auf Unternehmensanleihen in der Eurozone verbleiben auf sehr niedrigem Niveau; BBB-bewertete Anleihen mit einer Laufzeit von 5 Jahren erzielten beispielsweise zuletzt eine Rendite von unter 0,6 %.

KREDITWACHSTUM SOLIDE

Die anhaltend günstigen Finanzierungsbedingungen unterstützten das Kreditwachstum auch zu Beginn des Jahres 2021. Die Buchkredite an nicht-finanzielle Kapitalgesellschaften etwa lagen im Februar rund 4,3 % über dem Vorjahreswert. →

RENDITEN 10-JÄHRIGER STAATSANLEIHEN

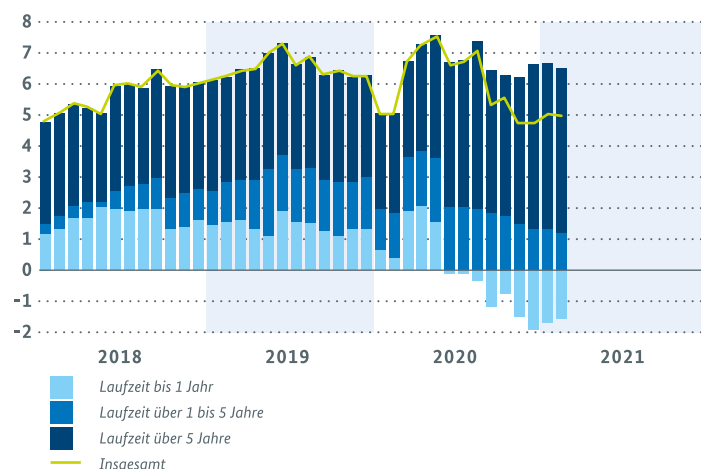
(Tageswerte in %)



Quelle: Macrobond

BUCHKREDITE AN NICHTFINANZIELLE KAPITALGESELLSCHAFTEN IN DEUTSCHLAND

(Veränderungen gegen Vorjahr in %, Beiträge in Prozentpunkten, Ursprungszahlen)



Quellen: Bundesbank (BBK)

Getrieben wurde der Anstieg insbesondere durch längerfristige Kredite mit Laufzeiten von über einem Jahr. Kurzfristige Kredite mit einer Laufzeit bis zu einem Jahr sind bereits seit verganginem Sommer rückläufig. Im Februar betrug der Rückgang etwa 8,0 %.

Kredite an private Haushalte stiegen erneut an und lagen im Februar um 4,4 % über ihrem Vorjahreswert. Das Wachstum der Wohnungsbaukredite (+6,5 %) stellt hierbei nach wie vor den Haupttreiber für diese Entwicklung.

Das Kreditwachstum an Unternehmen und private Haushalte in Deutschland zeigte sich im Februar weiterhin dynamisch und belief sich auf 4,2 % gegenüber dem Vorjahr. Das Kreditvolumen im Euroraum wuchs noch stärker (+4,7 %).

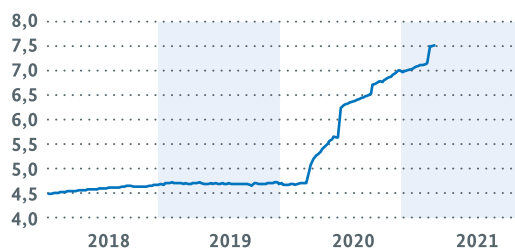
Der Zinsabstand für Unternehmenskredite im Euroraum hat sich im Februar wieder verkleinert. Im Euroraum ansässige, nichtfinanzielle Kapital-

gesellschaften mussten im Februar durchschnittlich 31 Basispunkte mehr an Kreditzinsen zahlen als deutsche Unternehmen. Dies ist etwas weniger als zum Jahresende 2020, als der Zinsabstand noch bei rund 50 Basispunkten lag.

Als Folge der fortgesetzten expansiven Geldpolitik der EZB weitete sich die Geldmenge M3 im Euroraum noch einmal deutlich aus und stieg im Februar auf rund 12,3 % gegenüber dem Vorjahr. Die enger gefasste Geldmenge M1 war hierbei maßgeblicher Treiber der Zunahme mit einem Wachstum von rund 16,4 % im gleichen Zeitraum. —

EZB-BILANZSUMME

(in Billionen EURO)



Quellen: Europäische Zentralbank (EZB), Macrobond

IMPRESSUM

HERAUSGEBER

Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWi)
Öffentlichkeitsarbeit
11019 Berlin
www.bmwi.de

STAND

27. April 2021

DRUCK

Druck- und Verlagshaus Zarbock GmbH & Co. KG
60386 Frankfurt

GESTALTUNG

Hirschen Group GmbH
10997 Berlin

BILDNACHWEIS

Titel, S. 10, 12, 16: Michele Marconi;
S. 02, 32: BMWi; S. 15, 30: bitteschön.TV;
S. 20 – 24, 26 – 27, 34, 37: Getty Images;
S. 28, 31: Emily Eldridge;

DIESE UND WEITERE BROSCHÜREN ERHALTEN SIE BEI:

Bundesministerium für Wirtschaft und Energie
Referat Öffentlichkeitsarbeit
E-Mail: publikationen@bundesregierung.de
www.bmwi.de

ZENTRALER BESTELLSERVICE

Telefon: 030-182722721
Bestellfax: 030-18102722721

Diese Publikation wird vom Bundesministerium für Wirtschaft und Energie im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit herausgegeben. Sie darf weder von Parteien noch von Wahlwerbern oder Wahlhelfern während eines Wahlkampfes zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden. Dies gilt für Bundestags-, Landtags- und Kommunalwahlen sowie für Wahlen zum Europäischen Parlament.

